

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

38. Woche für die Zeit vom 19. bis 25. September 1902.

Posen, den 30. September 1902.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 411 des Kuryer Poznański

vom 7. September 1902:

Der kaiserliche Appell an die Deutschen in Posen.

Die Herzen aller Deutschen, namentlich aber aller Protestanten hat die an die Provinzialstände des Großherzogthums Posen gehaltene Rede Kaiser Wilhelms mit Freude erfüllt. Die Hoffnungen derjenigen, welche in Posen eine zweite Marienburger Kaiserrede erwarteten, sind reichlich in Erfüllung gegangen. Der Kaiser hat wieder als Nachfolger der Kreuzritter, als national deutsch-preussischer Monarch, als Vertreter der Germanisirung slavischer, durch die Deutschen eroberter Landestheile gesprochen. Der Kaiser bezeichnete unsere polnische Przemyśl-Stadt als eine deutsche, er betonte, daß die hier zur Anwendung gelangte Regierungspolitik seine eigene Politik sei. Die Deutschen, welche nach Westpolen gekommen seien, forderte der Kaiser zum Zusammenhalten, zum Zusammenschluß auf, damit sie um so erfolgreicher deutsch-preussische Kulturträger sein könnten. Dem Kaiser genügt es nicht, daß unser Landestheil preussisch ist, er soll, nach seinen Worten, auch gut deutsch sein. Die Germanisirung von Westpolen hat eine neue und feierliche Sanktion aus dem Munde des kaiserlichen Redners erhalten. Der Kaiser gestattet, daß unsere Ueberlieferungen und Erinnerungen, insofern sie sich nur auf die Vergangenheit beziehen, ruhig bestehen bleiben. Es ist natürlich, daß es keine Macht auf der Welt giebt, welche das Bestehen der Ueberlieferungen und Erinnerungen nicht gestatten könnte. Gedanken sind zollfrei — sagt ein deutsches Sprichwort, die menschlichen Gedanken können nicht verzollt werden. Das ist eine unwiderlegte Thatsache und zwar nicht allein in Bezug auf die Vergangenheit. Die innere Gesinnung des Menschen, insofern sie nach außen hin der heutigen Auslegung der Staatsgesetze nicht widerspricht, unterliegt keiner Kontrolle.

Unser Landestheil soll deutsch sein. Daß er dies werde, dafür wird, dem Beispiele seiner Vorfahren folgend, der König von Preußen sorgen und hierbei sollen ihm die Deutschen nach Kräften behilflich sein.

Der deutsche Kaiser ist ein kühner Redner; wir haben dies unlängst an dieser Stelle hervorgehoben. In seinen Worten legt er sich durch die konventionelle Form, wie es die anderen Monarchen thun, keine Schranken auf. Er spricht, was er denkt und wünscht, klar und deutlich aus und läßt die Zuhörer, in Bezug auf das Ziel, das er erstrebt, in keinem Zweifel. Ueber das Ziel darf Niemand im Zweifel sein, also auch nicht diejenigen Nachkommen des polnischen Adels, deren Namen wir unter den Theilnehmern an den kaiserlichen Festtagen finden, näm-

lich Fürst Ferdinand Radziwiłł, der ehrwürdige und verdienstvolle Vorsitzende der polnischen Fraktion, Fürst Radolin, Majoratsherr auf Jaroschin, Bogdan Graf von Czapski, Majoratsherr, Anton von Taczanowski, Majoratsherr und Kammerherr, Heinrich von Morawski, Kammerherr, sowie die Kammerjunker Graf Stan. von Łoncki und Graf Sigismund von Kurnatowski.

Wir wollen hier auf deren Verhalten bei der Betheiligung an den deutschen Festlichkeiten nicht weiter eingehen. Wir glauben, daß diejenigen unter ihnen, welche sich an dem polnischen gesellschaftlichen Leben betheiligen, in gutem Glauben und in der besten Absicht handelten, doch müssen wir ihnen das Verhalten des Vizemarschalls des Provinziallandtages, des Kammerherrn Grafen Theodor von Soltowski bei dieser Gelegenheit gegenüberstellen, welcher erklärte, daß er lieber seine Kammerherrnwürde niederlegen wolle, wenn er ihretwegen zur Betheiligung an den Festlichkeiten gezwungen werden sollte. Soviel über die rein nationale Seite des kaiserlichen Auftretens.

Ein zweites, nicht minder wichtiges Moment spielt dabei auch die religiöse Seite. Der deutsche Monarch, das Oberhaupt der protestantischen Kirche, berührte die Frage der konfessionellen Bekennnisse in den polnischen, gegenwärtig unter preussischer Herrschaft befindlichen Landestheilen. Mit seiner gewöhnlichen Beredsamkeit äußerte er in dieser Angelegenheit einige Ansichten, mit welchen wir uns von unserem katholischen Standpunkte aus keineswegs einverstanden erklären können. Der Kaiser behauptet, seinen katholischen Unterthanen dürften in der Ausübung ihrer Glaubensvorschriften keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Dies behauptete auch die preussische Regierung während des ehemaligen Kulturkampfes, dies behaupten heute oftmals die Vertreter der Regierung angesichts des zweiten Kulturkampfes, welcher in den polnischen Landestheilen begonnen hat. Wir stellen im Gegentheil die Thatsache fest, daß der Ausübung der Vorschriften unseres heiligen katholischen Glaubens in unseren Landestheilen die größten Schwierigkeiten gemacht werden. Das Berauben der schwachen und wehrlosen Kinder so vieler Schulen um ihren theuersten Schatz, den Religionsunterricht in der Muttersprache, ist für Jeden, welcher nicht nur dem Namen nach, sondern auch von Herzen und aus Ueberzeugung Katholik ist, der schwerste und schmerzliche Schlag, der ihn treffen kann. Millionen des katholischen Volkes in unseren Landestheilen beklagen diese Zustände, welche in religiöser und wirtschaftlicher Beziehung die verderblichsten Folgen nach sich ziehen können. Bei uns besteht der Kulturkampf. Um so markanter müssen wir gerade jetzt feststellen, daß wir die Behandlung der katholischen Angelegenheit in unseren Landestheilen als eine geradezu unerträgliche erachten. Wir zweifeln nicht daran, daß gelegentlich der bevorstehenden Tagung

der gesetzgeberischen Körper unsere Abgeordneten erneut das Unrecht zur Sprache bringen werden, welches der katholische Glauben in den polnischen Gegenden erleidet. Und wir geben uns auch der Hoffnung hin, daß diesmal auch das deutsche, katholische Zentrum sich energischer der Sache annehmen wird. Gegenwärtig herrscht im Zentrum der falsche Grundsatz, daß man der Regierung gegenüber sich nicht grundsätzlich und nicht scharf in Opposition setzen dürfe, weil sie die Rechte der katholischen Kirche nicht berücksichtige. Das bayerische Zentrum hat mit der verderblichen Ueberlieferung vor einigen Wochen gebrochen. Es schaffte einen glänzenden Präzedenzfall, indem es der Regierung den Kredit aus dem Grunde versagte, weil die Regierung die Erfüllung der gerechten Forderung der katholischen Partei abschlug. Möchte doch das Zentrum auch in der Berliner Arena sich auf einen gleichen grundsätzlich-katholischen Standpunkt stellen. Möchte es sich vergegenwärtigen, daß es sich hier um Seelen handelt, daß hier die Frage der Parteibequemlichkeit keine Rolle spielen darf und kann. In Bayern versagte das Zentrum der Regierung den Kredit zu Zwecken der Kunst, dabei ausdrücklich hervorhebend, daß es dies nicht etwa deshalb thue, weil es prinzipiell gegen diese Zwecke wäre, sondern deshalb, um der Regierung zu zeigen, daß sie die religiösen Forderungen der Katholiken zu berücksichtigen habe. In Berlin, sei es im Reichs- oder im Landtage, müßte das Zentrum der Regierung gleichfalls den Kredit aus dem Grunde versagen, weil sie einen ganz anderen und tausendmal schärferen Kulturkampf führt, als dies die zum Theil den katholischen Interessen ungünstige Haltung der Regierung eines der Bundesstaaten ist. Im Landtage würde ein derartiges Verhalten des Zentrums zwar nur einen sittlichen, aber einen mächtigen Eindruck machen. Im Reichstage könnte das für die Regierung ein so harter Schlag sein, daß man die Folgen desselben gar nicht berechnen kann. Die Wahl der Position zum Streichen ist eine freie. Man kann also eine solche wählen, welche die Mehrheit unterstützt. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die polnischen Abgeordneten nach dieser Richtung hin es an den nöthigen Schritten dem Zentrum gegenüber nicht werden fehlen lassen.

Dies ist unser Urtheil über den Theil der Kaiserrede, welcher sich auf die konfessionelle Frage bezieht. Obwohl die deutsche Staatsanwaltschaft jede Aeußerung der polnischen Presse recht lebhaft verfolgt, so ist uns doch kein Gesetzesparagraph bekannt, welcher eine absolute Uebereinstimmung mit den Worten des Monarchen verlangte.

Nicht die Worte des Kaisers, sondern das von den gesetzgeberischen Körpern sanktionierte Gesetz ist bei uns Gesetz. Es kann uns daher, angesichts der Worte des Kaisers Niemand verbieten zu behaupten, daß den Katholiken im preussischen Staate Unrecht geschieht.

* * *

Die Rede des Kaisers — sagt der Dziennik Późnanski in seiner Nr. 206 vom 6. September 1902 — ist ein Meisterwerk diplomatischer Darlegungen, welche unter Umständen jedem Kurse angepaßt werden können. Sympathie für die Rede ruft der Umstand hervor, daß sie nicht die charakteristischen Merkmale enthält, welche der einst in Thorn und Marienburg gehaltenen Rede eigen waren. Dies macht den Eindruck, als ob die Bosener Rede der eigensten Seele des Kaisers entsprungen wäre und ihre Entstehung nicht den äußeren, aufreizenden Einflüssen unterläge. Sie

enthält namentlich nicht den Vorwurf, welchem wir gewöhnlich begegnen, nämlich, daß die Polen an nichts Anderes dächten, als an die Lostrennung der Provinz, an revolutionäre Umtriebe und an Revolutionen. (Thorn — v. Tausch und v. Litzow.)

Vielleicht irren wir nicht sehr, wenn wir behaupten, daß in dieser Hinsicht augenscheinlich eine Meinungsänderung in den maßgebenden Kreisen stattgefunden habe und zwar seit der Zeit, wo Herr Witting den Muth hatte, zu bestreiten, daß es revolutionäre Umtriebe bei uns gäbe. Es ist ja bekannt, daß wir mit dem Oberbürgermeister, dem heutigen Geheimen Regierungsrath, in vielen Sachen nicht einverstanden sind, aber seitdem wir unsere Spalten der „Bürgerlichen Stimme“, welche seine Rede einer Kritik unterzog, zur Verfügung stellten, stehen wir nicht an, den ungeheuren Dienst hervorzuheben, welchen er uns, sei es bewußt oder unbewußt, erwiesen hat. Wir können uns natürlich, namentlich jetzt, nicht auf eine eingehende Beurtheilung der Kritik, welche in Folge der Unzufriedenheit mit der Rede ein großer Theil unserer Gesellschaft, d. h. wir Polen übten, einlassen; wir bemerken nur, daß bereits ein Kñnig Wilhelms versichert hat, daß die Religion dem Volke erhalten bleiben soll, und daß nicht Alles geschehen ist, um diese Worte in die That umzuwandeln. Nicht nur wir, sondern auch andere Faktoren unseres Glaubens behaupten das, denn sogar in den am meisten absoluten Staaten werden alle Faktoren von dem Willen eines Einzelnen so durchdrungen, daß sie sich diesem Willen anpassen. Ob eine derartige Rücksichtnahme die Veranlassung zu der Stelle in der Rede, in welcher der Redner ein rückhaltloses Befolgen des kaiserlichen Willens seitens der Beamten verlangt, gegeben hat, entzieht sich unserer Kenntniß. Es kann wohl daraus gefolgert werden, daß sich die Beamten nach dem Willen des regierenden Monarchen nicht gerichtet haben, aber wir können auch annehmen, daß dies ein Appell an sie sei, damit sie nach wie vor lediglich und ausschließlich nur seinen Willen erfüllen.

Es hat uns wirklich gefreut, daß der Kaiser, im wirklichen Gegensatz zu der allgemeinen hafatistischen Ansicht, eingeräumt hat, daß der preussische Staat sich aus vielen Volksstämmen zusammensetze, die auf ihre Geschichte und ihre Eigenart stolz seien . . . daraus ergiebt sich wiederum die der hafatistischen entgegengesetzte Meinung, daß die Ueberlieferungen und Erinnerungen bestehen sollen, jedoch als solche, welche der Vergangenheit angehören.

Es giebt jedoch historische Eigenarten, welche absolut nicht ausschließlich sich auf die Vergangenheit beziehen können, wie z. B. die lebendige Gewohnheit des Glaubensbekenntnisses und des Alltagslebens, namentlich aber die Sprache, welche lebendig und um das Leben ringend, überall verdrängt, der Gegenwart angehören und in derselben eine Stelle und Anerkennung zugleich mit den geschichtlichen Ueberlieferungen finden muß. In dieser Beziehung blieb in der Kaiserrede ein großes Fragezeichen und so lange diese Frage in der Anwendung der Idee der Kaiserrede nicht gehörig beantwortet sein wird, müssen wir uns ihr gegenüber zurückhaltend verhalten, durch Erfahrung belehrt, daß Worte und deren Anwendung in der Praxis nicht immer im Einklang stehen. . .

Aus Nr. 415 des Kurjer Poznański

vom 11. September 1902:

Die Enthebung des Bizemarschalls Grafen Theodor von Zoltowski von der Kammerherrnwürde.

Schon seit einigen Tagen war das Gerücht verbreitet, daß sich der preußische Hof gegenüber der Stellung, welche Graf Theodor von Zoltowski in Sachen der Festlichkeiten eingenommen hat, nicht passiv verhalte.

Viele Personen waren jedoch der Meinung, der preußische Hof werde diese Angelegenheit mit Rücksicht auf die hohe, durch den Grafen von Zoltowski bekleidete Würde nicht vor das öffentliche Forum zum Austrage bringen wollen.

Graf Theodor von Zoltowski ist heute außer drei polnischen Kirchenfürsten derjenige unter den Polen, der als Bizemarschall des Landtages des Großherzogthums Posen in unserem Landestheile die höchste Stellung einnimmt.

Man war auch zum Theil der Ansicht, daß sich die regierenden Sphären daran erinnern würden, welchen Eindruck seiner Zeit in ganz Deutschland die Amtsenthebung derjenigen Abgeordneten hervorgerufen hat, die nicht nach der Intention der Regierung gestimmt haben, desgleichen in letzter Zeit die Angelegenheit des Herrn Löhning, welcher seiner Stellungnahme den Polen gegenüber, wie das heute schon als gewiß gilt, gezwungen war, seinen Abschied zu nehmen.

Man jagte auch, der Bizemarschall unseres Landtages sei keines über die Maßen würdigen Verhaltens wegen in politischen Angelegenheiten bekannt, daß er es verstände, in seiner hohen und schwierigen Stellung mit warmer Vaterlandsliebe Takt und Maß zu vereinigen, daß er schließlich zugleich mit anderen die bekannte Deklaration der polnischen Landtagsabgeordneten unterschrieben habe, welche in ihrem Tone so loyal gehalten war, daß man ihre Autorschaft den versöhnungsfreundlichen Elementen zugeschrieben hat, und daß es infolgedessen den entscheidenden Sphären schwer fallen werde, gegen den polnischen Würdenträger deshalb so scharf aufzutreten, weil er sich in standhafter, jedoch ruhiger Weise geweigert hat, an den Posener Festlichkeiten theilzunehmen.

Diejenigen aber, welche das gesagt, haben sich gewaltig getäuscht.

Der Bizemarschall Graf von Zoltowski hatte dem Grafen Solms-Baruth, welcher am preußischen Hofe die Würde eines obersten Kammerherrn bekleidet, schriftlich erklärt, daß er gegebenenfalls bereit sei, sein Amt als Kammerherr niederzulegen, wenn sein den Posener Festlichkeiten gegenüber eingenommener Standpunkt sich mit der Bekleidung einer Hofwürde nicht in Einklang bringen lassen sollte. Seine abgegebenen Erklärung treu bleibend, hat sich Graf von Zoltowski von der Festlichkeit fern gehalten und ist überhaupt nicht nach Posen gekommen.

Infolgedessen erhielt er unmittelbar nach der Abreise des Kaisers aus Posen vom Grafen Solms die Nachricht, daß er von der Liste der preußischen Kammerherren gestrichen worden sei, und daß er seine Kammerherrn-Insignien nach Berlin senden solle.

Das Recht, Hofwürdenträger des Amtes zu entheben, steht allein dem Kaiser zu. Die Amtsenthebung des Grafen von Zoltowski erfolgte also auf Befehl Sr. Majestät Kaiser Wilhelms II.

Zwischen der Angelegenheit des Herrn Löhning

und derjenigen des Grafen von Zoltowski besteht der Unterschied, daß man Herrn Löhning veranlaßt hatte, den Abschied zu nehmen, während Graf von Zoltowski seines Amtes enthoben wurde.

Die Bedeutung dieses seitens der Hofsphären unternommenen Schrittes wird durch die Thatsache vergrößert, daß in der Auffassung der Deutschen die Hofchargen für eine hohe Auszeichnung gelten, daß sie ein Amt sind, welches mit der Politik nichts gemein hat. Wir erinnern uns, daß, als die deutschen, gegen die Kanalvorlage stimmenden Abgeordneten ihrer Aemter enthoben wurden, die halbamtlichen Blätter diesen Schritt als eine Nothwendigkeit der Solidarität mit dem Amte der Verwaltungsbeamten gedeutet haben, welche durch die Natur der Sache zur Repräsentation der Intention der Regierung gegenüber der Bevölkerung bestimmt sind, mit der sie unmittelbar als die die Exekutive besitzende in Berührung kommen.

In der Angelegenheit des Grafen von Zoltowski konnte diese Ursache keine Rolle spielen, denn die Würde eines Kammerherrn hat mit irgend welcher politischen Thätigkeit nichts gemein.

Eine um so größere politische Bedeutung hat die Enthebung von dem keineswegs politischen Amte, welches speziell die polnische Bevölkerung nichts angeht, die Amtsenthebung eines Bürgers, der unter den Polen die höchste weltliche Würde, die Würde eines stellvertretenden Landtagsmarschalls von Posen bekleidete.

Graf von Zoltowski bekleidet als Bizemarschall des Posener Provinziallandtages und als Bürger der polnischen Gesamtheit eine hohe und wichtige Stellung.

Indem er stets die Fahne der persönlichen und nationalen Würde im Laufe seiner langjährigen bürgerlichen Wirksamkeit und in den letzten Jahren als polnischer Repräsentant der provinziellen Autonomie hochhielt, verstand er es, mit dieser seiner Stellung soviel Takt und Objektivität zu vereinigen, daß selbst die fanatischsten Deutschen unseres Landestheiles seine Unparteilichkeit anerkennen mußten.

Heute ist der Bizemarschall unseres Landtages von der Liste der Hofbeamten gestrichen. Wir bemerken, daß Graf Theodor von Zoltowski von der Zeit seiner Ernennung zum Kammerherrn niemals am preußischen Hofe verkehrt hat.

Aus Nr. 219 des Dziennik Poznański

vom 23. September 1902:

Zwei Strömungen

machen sich gegenwärtig in der öffentlichen Meinung anlässlich der Kaiserrede und der Danziger Resolution bemerkbar. Neben uns und um uns herum stoßen diese Strömungen aufeinander und wir befinden uns in der glücklichen Lage, daß wir als vollständig berechnete ungläubige Thomase ruhig dem Verlauf und der Entwicklung dieses interessanten Kampfes zusehen können.

In der vorigen Nummer brachten wir die sympathischen Ausführungen der Germania und des Hannoverischen Couriers, heute antwortet darauf von ihrem amtlich-hafatistischen Dreifuß herab die halbamtliche kölnische Zeitung und schreibt folgendermaßen: „den Freunden der Polen u. s. w. (folgt der Wortlaut des betreffenden Artikels in polnischer Uebersetzung).“

Daß die kölnische Zeitung, welche zu den maßgebenden Regierungskreisen nahe Beziehungen hat,

nicht anders schreiben konnte, war von vornherein bekannt. Charakteristisch dagegen ist das, was die zwar farblose, aber unlängst in der Person ihres Eigentümers, Echerl, deforierte Zeitschrift „Der Tag“ über die Sakatisten und deren Beschlüsse schreibt: „Es muß ganz offen und rückhaltlos zugegeben werden, daß es des preußischen Staates unwürdig wäre, wenn die Regierung u. s. w.“

Es unterliegt — bemerkt der Dziennik Poznański — keinem Zweifel, daß sich nunmehr baldigst Stimmen vernehmen lassen werden, welche die für die Deutschen so verwickelte Angelegenheit aufklären werden. Wir haben keine Veranlassung, uns darüber zu betrüben, daß die deutschen Ansichten aufeinander prallen, doch haben wir auch keinen Grund zur Freude, als ob die Folge dieses Kampfes die Milderung des antipolnischen Systems sein könnte. Nicht nur, daß wir dies nicht erwarten, sondern wir würden gegebenenfalls diese Wendung fürchten, denn man würde für die geringen und angeblichen Zugeständnisse von uns, wie immer, unmögliche Dinge verlangen. Mag daher schon das unerbittliche Schicksal unsere Gegner ihrem Ziele näher bringen, wir wollen ruhig warten, uns verteidigen und arbeiten, denn der Kampf und die Arbeit stärken an und für sich schon unsere Kräfte. Arbeiten wir zu Hause, in der Familie und in der Werkstatt — und die Pforten der Hölle werden uns nicht besiegen. Von unseren Gegnern können wir auf nichts rechnen; die platonische Hilfe unserer Freunde und Bundesgenossen rettet nur deren eigene Ehre und eigenes Interesse, nicht aber unsere nationalen „Eigenarten und Traditionen“. Weder von einer Versöhnungspolitik, noch von einem Nachlassen des antipolnischen Systems kann die Rede sein, es handelt sich lediglich um unsere Ausdauer. Wer in dem Kampfe und in der Ausdauer nicht mit uns geht, der geht gegen uns. Woher sollen wir aber die hierzu erforderliche Zuhversicht nehmen. Es giebt einen Gott im Himmel, welcher den endgültigen Triumph des Bösen über das Gute nicht zulassen wird. Das ist die eine Zuhversicht, die andere ist in bestimmten Zeichen auf der Erde zu suchen, die da bestätigen, daß wir zur Verzweiflung keine Veranlassung haben. Wir können und wollen uns auch nicht über die Befehrung der Gegner freuen; damit hat es noch Zeit. Es müßte sie gerade der Finger Gottes schwer treffen, wenn sie ihre kreuzritterliche, hochmüthige und stolze Stellung aufgeben sollten. Trotzdem nehmen wir in den letzten Vorkommnissen Erscheinungen wahr, welche uns der Zuhversicht nicht berauben. Vor allen Dingen, daß so wie Breschen, auch Marienburg und Posen die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf uns gelenkt haben. Es wäre dies eine kleine und unbedeutende Freude, wenn unter diesen Umständen sich nicht eine gewisse Krisis auf antipolnischer Seite bemerkbar machte. Danach, was geschehen ist und was geschieht, unterliegt es schon keinem Zweifel, daß wir verfolgt, hintangeseht und wie die letzte anima vilis mit Verachtung behandelten Menschen jetzt auf einmal zum politischen Faktor wurden, mit welchem gerechnet werden muß und mit welchem die Großmächte dieser Welt auch rechnen. Dies beweisen zwei Dinge: einerseits der Kontrast zwischen Marienburg und Posen und andererseits der Kontrast zwischen Reval und Posen. Der veränderte Ton und die Enttäuschungen auf antipolnischer Seite bestätigen unsere Behauptung und müssen in uns das Selbstbewußtsein und das Selbstgefühl wecken, daß, wenn wir uns nur vor unseren eigenen Fehlern in Acht nähmen, wir der Zukunft dreist in die Augen sehen könnten, obwohl wir nicht

wissen, welcher Mittel sich die Vorsehung in Zukunft zur Beschämung und Erniedrigung unserer Gegner bedienen wird. Indessen triumphiren sie noch und werden triumphiren und fahren nach drei Richtungen hin Wurfgeschütze und Sturmböcke gegen uns auf. Wir kennen bereits ihr Danziger Programm, wir wissen, wie eilig sie es haben, den Rest des polnischen Sprachunterrichts in den Schulen zu befeitigen und schließlich treibt sie der Neid dahin, daß nicht die Agrarier allein von den antipolnischen Gaben Gebrauch machen sollen. Es wird zwar in Abrede gestellt, daß man 12 Millionen Mark unter die Beamten vertheilen wolle, denn hierzu müßten, wie die halbamtliche Korrespondenz behauptet, die den Oberpräsidenten aus dem unlängst bewilligten Viertelmilliardenfonds überwiesenen Mittel reichen und erst in dem nächstjährigen Etat wird die antipolnische Manna, in der Gestalt von Gehaltszulagen regnen. Das Berliner Tageblatt weiß bereits, daß die Elementarlehrer, ohne Unterschied der Nationalität, vom 6. Dienstjahre an, jedoch widerruflich, eine Zulage von je 200 Mark erhalten werden. Die Staatsbeamten dagegen erhalten eine Gehaltszulage von 10 Prozent, bis sie 3600 Mark erreicht haben. Diese Zulage fällt fort, wenn sie in oder außerhalb des Amts nicht in deutsch-nationalem Sinne handeln sollten.

Die Zulagen sollen also den Subalternbeamten zugute kommen. Ob sie das Ansehen des Beamtenthums in sittlicher Beziehung heben werden, daran fangen bereits einige unter den Deutschen an zu zweifeln. Das Fatum, das Fatum kommt, stößt und zieht vorwärts — auf der schiefen Ebene.

Aus Nr. 429 des Kuryer Poznański

vom 19. September 1902:

Die russische Presse weist mit Entrüstung die Angriffe gegen die russischen Offiziere von Seiten der deutschen Zeitungen zurück.

Die Nowoje Wremja schreibt in der Montagsnummer unter der Spitzmarke „Die russischen Gäste in Posen“:

Die Deutschen sind nach dem Entzücken über die Posener Festtage in einen Pessimismus verfallen und sehen Alles in schwarzen Farben, besonders sind sie mit dem Verhalten der russischen Offiziere nicht zufrieden. Daß sich die russischen Gäste in Gegenwart der sie begrüßenden Repräsentanten der preußischen Regierung mit der nöthigen Würde benommen haben, kann nicht dem geringsten Zweifel unterliegen. Die Deutschen haben augenscheinlich geglaubt, daß die Russen, durch den ungewöhnlich enthusiastischen Empfang von Seiten der Preußen bezaubert, sich unter den Augen der Polen mit ihren Verfolgern verbrüdern würden.

Die Deutschen haben offenbar nicht vorausgesehen — schreibt das russische Tageblatt —, daß die Russen darauf kommen würden, daß die Wärme des Empfanges von Seiten der Preußen nicht dem aufrichtigen Gefühle entsprang, sondern nur zweckte, bei den Polen ein niederdrückendes Gefühl hervorzurufen. Die Deutschen rechneten schließlich nicht damit, daß ihre russischen Gäste von den tiefen Sympathien der Posener Polen für Rußland wissen mußten.

Es ist interessant, daß die Deutschen selbst die russischen Gäste den Polen näher bringen wollten und ihnen Gelegenheit gaben, sich von den für sie vorhandenen polnischen Sympathien zu überzeugen.

Die russischen Gäste sind „mangels anderer Unterkunftsräume“ im Bazar untergebracht worden. (Die Nowoje Wremja unterstreicht dies, als wenn sie in dieser Anordnung einen verborgenen Zweck argwöhnte; denn vielleicht wurde damit gerechnet, daß die russischen Offiziere den Polen mit Zeichen des Hasses begegnen würden.)

Dieses Hotel — schreibt sie weiter —, das erste der Stadt, ist Eigenthum polnischer Aktionäre und daher bekannt, daß dort bis zu dieser Zeit weder ein preussischer Offizier, noch im Allgemeinen ein Deutscher aufgenommen worden ist. Indem es den russischen Offizieren die Gastfreundschaft gewährt hat (offenbar nicht anders, als in Uebereinstimmung mit den Aktionären), ist hinreichend erwiesen, daß die Polen am Orte die russischen Offiziere mit anderen Augen ansehen, als die preussischen Offiziere. Es ist selbstverständlich, daß die russischen Gäste die auf sie genommene Rücksicht wahrnehmen mußten.

Die preussischen Zeitungen sind empört, daß die russischen Offiziere im Hotel polnisch gesprochen haben, sie vergessen aber, daß die Deutschen selbst sie in das Hotel geschickt haben, wo grundsätzlich nicht deutsch gesprochen wird, und wo nur polnisches Publikum verkehrt.

Um den für die Deutschen bitteren Kelch vollends zu füllen, war das Hotel Bazar, wo die den Preußen theueren russischen Gäste untergebracht waren, nicht mit Fahnen geschmückt, und von Illumination war keine Spur. Böse Zungen fingen an — zur Befriedigung der Polen — zu behaupten, daß die Russen selbst die Absicht, das Gebäude zu schmücken, vereitelt hätten.

So schreibt die Nowoje Wremja. Zum Schluß spottet sie über die Deutschen, daß sie aus Anlaß der Ankunft der russischen Offiziere in eine komische Situation gerathen wären.

Aus Nr. 217 des Postep

vom 20. September 1902:

Zum deutschen Tage in Danzig

bemerkt der Postemp:

Die ganze Versammlung war von Haß gegen die Polen durchweht. Die Staatsanwaltschaft zieht jedoch deren Oberhäupter wegen Aufreizung einer Nation gegen die andere zu Gewaltthätigkeiten nicht zur Verantwortung. Den Herren Hafatisten ist es gestattet, in der Stadt Umzüge zu veranstalten, es ist ihnen sogar erlaubt, unter freiem Himmel Reden zu halten; die Polizei aber rührt keinen Finger dazu, obgleich das Gesetz so etwas verbietet. Die Danziger städtischen Behörden nehmen an der Zusammenkunft regen Antheil und verbrüdern sich mit den Hafatisten, dasselbe thun die Danziger Kaufleute; ja, man hat in diese Hege selbst die Innungen und Kriegervereine mit hineingezogen, zu denen auch Polen gehören. Mit einem Worte: der Haß gewinnt immer größere Ausdehnung, und dann sagt Herr von Tiedemann noch, daß die Polen mit vergifteter Waffe kämpften.

Der Richter Bischoff schwatzt Dummheiten, wenn er behauptet, daß die deutschen Vorfahren die Gehässigkeiten der polnischen Könige abwehren mußten, während es doch eine bekannte Thatsache ist, daß die Danziger stets die treuesten Unterthanen der polnischen Könige waren und durchaus nicht danach getrachtet haben, unter preussische Herrschaft zu kommen; ebenso verhält es sich mit der ganzen

Provinz Westpreußen. Die polnischen Könige waren überaus großmüthig, wofür wir jetzt büßen müssen. Wenn nicht diese Großmüthigkeit gewesen wäre, so würde sich der Hafatismus heute nicht so breit machen. Uebermuth und Perfidie, sonst nichts weiter!

Aus Nr. 421 des Kuryer Poznański

vom 14. September 1902:

Preußen, Rußland und die polnische Frage.

Das obige Thema füllt immer mehr die Spalten der europäischen Presse.

Eine der französischen Zeitschriften ruft aus: Jeder Feind der Deutschen ist verpflichtet, Gott dafür zu danken, daß er sie mit dem Hafatismus beglückt hat; er ist eine Verirrung, die für andere vorthellhaft, und geradezu Mörder des eigenen Volkes ist. In der tschechischen Presse begegnen wir nicht das erste Mal den für uns Polen nicht sehr schmeichelhaften Aeußerungen, welche behaupten, — was wäre das westliche Polen ohne den Hafatismus: „ein Haufen schlafenden Volkes.“ Was wäre die Autopsie des polnischen Volkes? Eine Theorie, die seit langer Zeit durch den Polyp der Assimilation erdrückt wäre. Was wäre das in Polen im Allgemeinen so wenig vorhandene Verständniß für die slavische Idee, welches gegenwärtig im westlichen Polen erwacht? Ohne die Hafatisten wäre es nichts, absolut nichts. Was wären die Sympathien, die gegenseitig für die Polen in der ganzen slavischen Welt und sogar in Rußland erwachen? Ohne die Tollheit der Hafatisten wiederum nichts.

Der Hafatismus ist eine Krankheit, die sich in den deutschen Organismus eingefressen hat und die kein Arzt heilen wird. Der Hafatismus wird in dem deutschen Organismus wie der Krebs wachsen, er wird in ihm ein Fieber hervorrufen, er wird ihn zum Wahnsinn und immer mehr dem Abgrunde näher bringen. Der Hafatismus ist eine eben solche chauvinistische Sippschaft, als die, welcher Napoleon III. erlegen ist, indem er den Krieg erklärte, zu dessen Ausgang er wohl selbst kein Vertrauen hatte.

Der Hafatismus ist der größte und erfolgreichste Bundesgenosse der slavischen Idee. Die Slaven können warten, denn der Hafatismus arbeitet für sie. Breschen hat für die Slaven mehr Werth, als tausend Bücher oder Artikel über die slavische Sache. Sogar Warschau, jener frühere Sitz polnischen Preußenschwärmertums — ist heute schon in seinen preussischen Sympathien stark erschüttert.

Der letzte Abglanz kluger preussischer Politik — schreibt der englische Herald — war die Aera Caprivi's. Damals hatte sich die preussische Regierung unter den Polen eine ihr gegenüber offenbar freundschaftliche Partei unter der Führung des Herrn v. Koscielski und seiner Freunde erworben. Wenn die Regierung auf diesem Wege ausgeharrt hätte, wäre die Arbeit der Verdeutschung der polnischen Provinzen schon beinahe vollendet. Aber der Hafatismus hat Alles verdorben.

Sehr interessant schreibt die Kölner Volkszeitung über die Dementirung der Mittheilungen der Organe des Grafen Bülow durch die russische amtliche Stelle.

Die Kölner Volkszeitung erinnert den deutschen Reichskanzler an die Zeiten Bismarck's, der da

sagte: „Wir jagen hinter Niemandes Schutz her“ —; wie wenig deckt sich das doch mit den heutigen Schönthueren, die schließlich erfolglos sind und Kompromittierungen aussetzen. Das oberrheinische Organ fügt als Endbemerkung hinzu, daß sich die polnische Frage dank des Kafatismus zu einem gordischen Knoten gestaltet, der in kurzer Zeit nicht wird gelöst werden können. Noch könnte man vom falschen Wege umkehren, wie es Fürst Bismarck nach dem Kulturkampfe gethan hat. Aber ob sich eine Kraft finden wird, die zur Rückkehr vom betretenen Wege aufzufordern versteht? So ruft das kluge oberrheinische Organ schmerzhaft aus. Wir dagegen erlauben uns ihm zu antworten: „Diese Kraft wird sich nicht finden.“ Der Kafatismus ist eine organische Krankheit, von der ganz Deutschland ergriffen ist. Schon heute sehen es von ihnen immer mehr ein, daß es Wahnsinn ist, aber sich zu widerlegen, versteht niemand. Der Kafatismus im deutschen Volke ist die Rache und Strafe Gottes für die anderen Völkern gegenüber begangenen Sünden.

Aus Nr. 216 des Postep

vom 19. September 1902:

Zu der Entlassung des mit Gefängniß bestraften Referendars Karas aus dem Justizdienst bemerkt der Postep:

Für Herrn Karas ist das sehr unangenehm, da er sich bereits zwei Jahre im Justizdienste befunden hat, was ihm nicht unerhebliche Kosten verursachte. Jetzt wird er einen anderen Beruf ergreifen müssen. In den Augen der Polen hat Herr Karas nichts Böses gethan, die Regierung aber ist anderer Ansicht über solche Sachen. Möge unserer Schuljugend der ganze Akademikerprozeß mit seinen traurigen Folgen eine Warnung sein, damit sie bei der Arbeit für die polnische Sache umsichtig wäre und sich nicht ähnlichen Prozessen aussetze, welche viele Jünglinge von dem wahren Wege des Lebens abgebracht haben. Für die Gesamtheit wäre es von größerem Vortheile, wenn sowohl die Akademiker wie auch die verurtheilten Gymnasiasten ihre Studien beendigt haben würden, dann hätten sie als Leute mit Stellungen viel Gutes für die polnische Gesamtheit wirken können.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 111 der Gazeta Gdańska

vom 16. September 1902:

Unser Kampf mit der Gazeta Grudziondzka.

Die Gazeta Grudziondzka hat zwei wichtige Sachen enthüllt:

1. Sie bestreitet es nicht mehr, sondern erklärt deutlich genug, daß ihr Herausgeber Abgeordneter zu bleiben wünscht. Wir können den Lesern sogar die angenehme Nachricht zukommen lassen, daß am 1. Juli in Westpreußen eine neue polnische Zeitschrift (Monatschrift) unter dem Titel: „Führer für die Vertrauensmänner der Gazeta Grudziondzka“ entstanden ist. Eine wunderliche Zeitschrift, von der niemand etwas weiß! Vor uns liegt die Nummer 2 für den Monat August. In ihr ist natürlich die Rede von den Verdiensten

der Gazeta Grudziondzka, von den beiden Nermsten im Gefängniß und davon, wie er selbst der Nermste sich in Schulden stürzen mußte, um die Zeitung versenden zu können (obgleich die Redaktion vor nicht langer Zeit ausgeschwagt hatte, daß sie in diesem Jahre 50 000 Mark für Agitationszwecke ausgeben werde!) und — von den Wahlen.

Wir hätten natürlich gegen die Abgeordneten-kandidatur des Herausgebers der Gazeta Grudziondzka nichts einzuwenden, wenn nicht jene besprochene Art seiner Thätigkeit uns dazu veranlaßte.

Ebenso hegen wir Mißtrauen gegen diese neue Zeitung, von der niemand weiß, gegen wen und was infolge der Geheimthuerie des Verlegers sie sich richtet. Denn für die Oeffentlichkeit ist sie offenbar nicht bestimmt.

Aus Nr. 109 der Gazeta Gdańska

vom 11. September 1902:

Die Danziger Polen und die Kirchenbehörde

Wie soll man über die obere Kirchenbehörde — über die bischöfliche Behörde urtheilen? Das ist die zweite und Hauptfrage.

Angeichts des überaus feindlichen, nach mancher Richtung nicht katholischen, geradezu ungerechten Auftretens der Danziger Herren Präpste gegen die dortigen Polen besitzt die bischöfliche Behörde einen vollständig klaren Weg. Sie muß die Polen nachdrücklich und liebevoll beschützen. Die Pöpliner bischöfliche Behörde kennt gewiß den Ausdruck „justitia“, d. h. „Gerechtigkeit“ und alle ihre Abstufungen. Die bischöfliche Behörde in Pöplin würde sehr wohl im Stande sein, eine schöne Abhandlung von der Obhut der Vorgesetzten (namentlich der Bischöfe) über die ihr anvertrauten Schäfchen herauszugeben. Aber es genügt nicht von Gerechtigkeit und Obhut nur schön zu reden; man muß vor allen Dingen das Wissen so gewissenhaft wie möglich anwenden. Wer sich auf diese Praktik nicht versteht, oder sie nicht verstehen will, der darf ein Amt nicht annehmen, oder er muß ihm so schnell wie möglich entlagen.

Die Danziger Polen fordern von der bischöflichen Behörde nichts anderes, als nur das, worauf sie ein unumstößliches Recht haben. Und zwar haben sie folgende Rechte: Sie haben das Recht, sich an die bischöfliche Behörde zu wenden, wenn ihnen von Seiten der Herren Präpste ein Unrecht zugefügt wird. Sie haben das Recht zu fordern, daß die bischöfliche Behörde den Sachverhalt auf das gründlichste und gewissenhafteste untersuche und daß sie auf die in guter Absicht vorgebrachten Bitten und Klagen sachgemäß und entsprechend schnell antworte. Sie haben das Recht zu fordern, daß die bischöfliche Behörde Gerechtigkeit einführe. In welchen Kirchen und durch welche Geistliche Andachten abgehalten werden sollen, das ist natürlich ihre Sache.

Wir müssen leider bekennen, daß wenigstens in letzter Zeit der verstorbene Herr Bischof Redner die soeben einzeln aufgeführten Rechte am genauesten beobachtet hat. Wir alle wissen ganz genau, daß er uns lange abgeneigt war; wir wissen, daß uns während seiner Amtsthätigkeit manches Unrecht zugefügt worden ist. Während seiner Amtsthätigkeit ist nach Graudenz die bekannte und bemerkens-

werthe Aufforderung ergangen, daß die dortigen, der geringen Anzahl von Deutschen gegenüber zurückgesetzten Polen, sich selbst eine Kirche bauen sollten. Auch die Erlangung der Rechte war für die Polen erschwert. Jedoch wurden diese Rechte nicht in schreiender Weise mit Gewalt unterdrückt. Daher kam es auch, daß die Danziger Polen unter dem Herrn Bischof Redner, obgleich langsam und nach schwerem Kampfe, einen großen Theil der Rechte und die Beseitigung manchen Unrechts erlangten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn der verstorbene Herr Bischof länger gelebt hätte, die Danziger Polen heute — trotz des Widerstandes des Geistlichen Scharmer — das hätten, was sie gegenwärtig vergeblich fordern müssen.

Dagegen müssen wir leider die durch nichts widerlegbare Thatfache feststellen, daß die oben angeführten Rechte unter dem gegenwärtigen Herrn Bischof auf das sichtbarste und vollständig unterdrückt werden.

Die Danziger Polen beschwerten sich darüber, daß man ihnen den polnischen Gesang während des Gottesdienstes (heilige Messe) verwehre. Diese Beschwerde war auf das Eingehendste begründet. Denn nicht nur die einfache Gerechtigkeit gebietet polnischen Gesang für die Polen, sondern — der Bischofsstuhl selbst hat ihn (infolge eines erneuten Bittgesuches) eingeführt. Hat doch der Vorgänger des derzeitigen Herrn Bischofs es nicht nur als „ganz selbstverständlich“ betrachtet, daß polnischer Gottesdienst abgehalten werde (jeden Sonntag), sondern dies den Polen auch auf das Feierlichste zugesagt.

Auf solch eine begründete Beschwerde, auf solch ein Bittgesuch, haben die Danziger Polen das Recht, eine sachliche und schnelle Antwort zu fordern. Weil jedoch die gegenwärtige bischöfliche Behörde bisher nicht zu antworten beliebte, so hat sie damit das Recht der Untergebenen unterdrückt.

Nach unserer Meinung verfährt die bischöfliche Behörde stets nicht richtig, wenn sie auf Bittgesuche und Beschwerden nicht antwortet. In jedem Falle erfordert es mindestens die Rücksicht auf die Ehre und die Rücksicht auf das Seelenheil der Schäfchen, zu antworten. Die katholische Kirche gründet sich weder auf Furcht noch auf Bajonette, sondern auf gegenseitiges Vertrauen. Dieses Vertrauen wird durch die Ignorirung von Bittgesuchen und Beschwerden nicht gestärkt.

Was soll man aber erst zu der Ignorirung der Bittgesuche und Beschwerden sagen, auf die doch eine Antwort nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit erfolgen müßte? Wer gewillt sein würde, die Verantwortung für die Folgen einer derartigen Unterdrückung der den Herzen der Gläubigen entstandenen Rechte, auf sich zu nehmen, der würde wahrhaftig durch Mangel an Muth nicht sündigen.

Was in den Herzen der Danziger Polen und aller anderen, mit den Danziger Verhältnissen vertrauten Polen vorgeht, das weiß Gott am besten. Wir sind in der Lage, auf einen Gedanken hinzuweisen. Die Polen sagen so: Der Herr Bischof könne den polnischen Gesang nicht verweigern, weil er sonst im grellsten Widerspruche mit der Gerechtigkeit und dem gesunden Urtheil des Vorgängers stehen würde. Aber der Herr Bischof will gegen den Geistlichen Scharmer nicht auftreten, deshalb schweigt er und zieht die Sache soviel wie möglich in das Unendliche.

Ferner erwähnen wir, daß die Danziger Polen bisher nicht im Geringsten Gelegenheit hatten zu

merken, daß der gegenwärtige Herr Bischof sie vor den Danziger Herren Präpsten schützen will. Im Gegentheil, sie haben eher gemerkt, daß den letzteren Unterstützung zu Theil wurde. Die Herren Präpste sind den hiesigen polnischen Vereinen nicht gewogen. Deshalb hat der Herr Bischof nach zweijähriger Amtsthätigkeit einen Propst zum Kurator ernannt; doch nach fünf Monaten versetzte er ihn und ließ den Verein weitere fünf Monate verwaist. Der Geistliche Scharmer widersezte sich der Einführung des polnischen Gesanges und der kostenfreien Benutzung der Orgel; darum schweigt der Herr Bischof und giebt auf die gerechtesten und begründetsten Beschwerden der Welt keine Antwort.

Zum besseren Verständniß bemerken wir, daß gerade der Geistliche Scharmer des gegenwärtigen Herrn Bischofs herzlichster Freund, Vertrauter und Berather ist. Die Geistlichen Scharmer und Lüdtke, das kann man ohne Umschweife sagen, leiten heute die Diözese. Hieraus erklärt sich beinahe Alles, was in der letzten Zeit vorgegangen ist.

* * *

Wir schließen mit einer dreifachen Betrachtung. Vor nicht langer Zeit schrieben unsere Zeitungen von dem Herrn Bischof, daß er zu den Kindern und polnischen Parochianen in Borzyskowo und Viele polnisch gesprochen hätte. Wir hatten das Empfinden, als wenn verschiedene jenes Verhalten des Herrn Bischofs als eine den Polen im Allgemeinen erwiesene außerordentliche Gnade betrachteten. Dagegen war es seine gewöhnlichste Pflicht. Von Gnade ist dabei keine Rede. Im Gegentheil, der Herr Bischof hat auch wieder gelegentlich der letzten Weihen zu den neugeweihten polnischen Geistlichen und ihren polnischen Verwandten **nur deutsch** gesprochen; das hat er als Seelsorger gethan, in der Kirche vom Altare aus, in dem feierlichsten Augenblicke, zu den andächtigen Herzen.

In der letzten Zeit machte jemand die weise Bemerkung, daß, wenn die Polen aus Langfuhr, Zoppot und von wo andersher nur eine Petition um Einführung polnischer Gottesdienste und Predigten nach Belpin einreichen würden, so würde ihnen das Erbetene zugestanden werden. Darauf erwiderte ein anderer, daß die Petitionen keinen Erfolg haben würden; ferner, daß man die Polen verschiedenen Anfeindungen aussetze und daß es die heiligste Pflicht der bischöflichen Behörde sowie der in Betracht kommenden Geistlichen sei, aus eigenem Antriebe der Billigkeit wegen, polnische Predigten und Gottesdienste einzuführen. Wir dagegen weisen auf Danzig hin und rufen aus: „Wenn ihr die Augen öffnen könnt, so sehet, wie man mit den berechtigten polnischen Petitionen verfährt. Sie wandern in den Papierkorb!“

Diejenigen, die da sagen, es gezieme sich nicht, über kirchliche Angelegenheiten in den Zeitungen zu schreiben, weil es das Ansehen der Behörde untergrabe, fragen wir: „Wer hat das Erscheinen der vorliegenden Artikel in der Gazeta verschuldet? Wer untergräbt die Hochachtung und das Zutrauen zur Behörde?“ Wir bekennen auf das Allergewissenhafteste, daß es die Artikel gethan haben, und daß vor allen Dingen diejenigen der Behörde schaden, die auf begründete Petitionen nicht zu antworten belieben.

Aus Nr. 105 der Gazeta Grudziadzka

vom 2. September 1902:

J u s c h e n, Kreis Berent.

Unser Dorf besitzt einen eifrigen Schulzen. Am 14. v. M. ging er in die Schule hinein und zwang sechs Knaben, welche der Lehrer am 28. Juni gezüchtigt hatte, dem Lehrer die Hand zu küssen und sein eigener Sohn, sowie noch ein zweiter Knabe mußten vor dem Lehrer hinknien. Sogar der Lehrer selbst erklärte, er sei doch kein Gott, daß man vor ihm hinkniete. Das ist etwas noch nicht Dagewesenes. Es steht jedoch fest, daß mancher Pole, wenn er Schulze wird, eifriger ist, als mancher Deutscher, er schmeichelt den Deutschen und wäre bereit ins Feuer zu gehen, wenn es ihm befohlen würde. Behördlicherseits ist er sicherlich dazu nicht angehalten worden, offenbar war es nur ein Wunsch des Lehrers, dem es übrigens nur an der Abbitte, an nichts anderem gelegen sein konnte. Er hat ja doch selbst erklärt, er sei kein Gott, daß man vor ihm hinkniete. Es ist uns daher unverständlich, was den Schulzen zu einem derartigen Verhalten bewogen haben konnte. (Auch schon anderswo beschwerten sich die Leute über die polnischen Schulzen, welche sich sofort in große preußische Patrioten verwandelten und sich wie Truthähne aufblähten. Und die Schulzen werden ja doch von der Gemeinde gewählt, wenn also trotz der Mehrheit der Polen ein Andersgläubiger gewählt wird, so liegt das gewöhnlich nur an der Uneinigkeit und an dem Mangel an Bildung, daß die Leute ihre Rechte nicht wahrgenommen haben. Beim Glase prahlt mancher Pole mit seiner Weisheit, aber dort, wo er auftreten sollte, weiß er sich keinen Rath und versteht nur mit dem Kopfe zu nicken. Die Deutschen machen deshalb, was sie wollen, obendrein lachen sie die dummen Polen aus. Solche Polen thäten am besten, wenn sie sich eine polnisch-katholische Zeitung hielten, welche ihnen die Augen öffnete, und aus welcher sie sich überzeugen könnten, wie sehr unwissend sie sind und wie viel Bildung ihnen noch fehlt. Red.)

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 113 des Katolik

vom 23. September 1902:

R ö n i g s h ü t t e.

Am vergangenen Sonntag fand in Röniqshütte ein Volksfest statt. Der Magistrat gab sich die größtmögliche Mühe, das Fest glänzend zu veranstalten und dadurch recht viele Theilnehmer heranzuziehen. Dem dortigen Magistrat liegt es hauptsächlich daran, das Wohlwollen der Regierung zu gewinnen. Derartige Feste werden ja doch nur zu dem Zweck veranstaltet, die polnische Bevölkerung zu verdeutschen. Alle Jugendspiele gehen darauf hinaus, die polnische Jugend für die deutschen Vereine zu gewinnen. Die Schule germanisirt; um also die Germanisirung der Kinder nach Beendigung der Schulzeit weiter zu betreiben, kamen einige der hiesigen übereifrigen Deutschen auf den Gedanken, für die jungen Leute von 14 bis 18 Jahren Jugendspiele einzuführen. Die polnischen Eltern merkten es jedoch bald und schickten ihre Kinder nicht dort hin. Der beste Beweis dafür ist der Umstand, daß die germanisatorischen Jugendspiele nur von 57 jungen Leuten besucht waren. Es ist anzunehmen, daß es lauter deutsche Jünglinge waren. Für die polnischen jungen Leute giebt es bei den deutschen Jugendspielen keinen Platz.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 208/9 der Nowa Reforma

vom 11./12. September 1902:

„Pro Polonia“.

Der Protest Italiens gegen die Gewaltthaten Preußens, die an den polnischen Kindern im Posenischen begangen worden sind, ist am 30. Juli d. J. abgeschlossen worden und zählt gegen 120 000 Unterschriften. — Es haben sich daran folgende Städte betheiligt: Rom, Mailand, Turin, Padua, Bologna, Venedig, Verona, Pisa, Lupa, Mantua, Florenz, Livorno, Genua, Neapel, Porto Maurizio, St. Remo, Oneglia, Albenga, ferner kleine Ansiedlungen und Dörfer. Der Protest erfolgte auf zwei Arten. Bald durch unterschriftliche Vollziehung von am Kopfe kurz mit dem Zweck versehenen Listen, bald durch Institutionen und Vereine, die den Text des Protestes auf Hauptversammlungen oder in den hierzu besonders einberufenen Versammlungen beschlossen haben, der dann durch die betreffenden Komitees unterschrieben wurde. Die namentlichen Listen haben alle Schichten der Gesellschaft mit statlicher Mehrzahl des Volkselements unterzeichnet. — Außer alten Stammesnamen: Dorio, Donati, Capelli, Visconti, Montaldi, Giantnofo, Somnarivo u. s. w., desgleichen Verdienten und allgemein Geehrten: Mantegasso, Garibaldi, Parudi, Masagliano, Rataffi, Lollini und Anderen — befinden sich auch auf ganzen Reihen von Listen viel Unterschriften, an denen man erkennt, daß die Listen durch schwer arbeitende und zum Führen der Feder ungeübte Hände gegangen sind. Es finden sich auch solche Listen, auf welchen von einer Hand viel Unterschriften stehen — nämlich für Analphabeten. Dem wie der Herr Theodor Jerona, Bibliothekar an der Marine-Akademie in Livorno bezeugt, kamen ganze Haufen Fischer vom Strande nach dort und baten, für sie das „polnische Papier“ zu unterschreiben. Mitunter auch wird die in den dicken Fingern zitternde Feder dem Bleistift nachgeführt; der Mensch, der auf diese Weise seine unleserliche Unterschrift unter den Protest setzt, ist aus einem Dorf herbeigeeilt, das tief in den unteren Apenninen liegt.

Von den protestirenden Vereinen muß man in erster Reihe den Frauenverein („Unione Femile“), der voll von Initiative, anführen. Dieser umfaßt weite Kreise von Vereinen: Lehrervereine, Frauensparvereine, Vereine zum Schutz der arbeitenden Frauen und Kinder, Fachschulen, Vereine der sich höher bildenden Frauen, Vereine zur gegenseitigen Hilfe, auf deren Protest als erst Ida Negri unterschrieben hat, ferner auch verschiedene Andere. Weiter führen wir die einzelnen Sektionen der Volksbildungsvereine an: Lombardien, Ligurien, Toskana, die Vereine der Vorbildungsschullehrer in San Remo, Onegli, Albengi, die Universitäts-Bibliothek in Rom, das Kollegium des höheren Handwerks in Florenz, die Königin Margarethe-Schule für weibliche Kunst und Industrie in Neapel, das Viktor Emanuel-Lehrerseminar ebendasselbst. Des Weiteren sind Proteste eingelaufen: vom demokratischen Verein in Genua, von der sozialistischen Partei von Italien, vom christlichen Volksverbande, von dem zur Zeit des Protestes gebildeten „Catolico Militante“ in Genua, desgl. eines solchen Filialverbandes in Mailand u. s. w.

Das zahlreichste Kontingent der Protestirenden haben die Gewerksvereine gestellt: Verein zur gegenseitigen Hilfe, Verein zur Aufbesserung der Arbeits-

verhältnisse, Verein zur höheren und gegenseitigen Ausbildung, Arbeiter-Verbände.

Desgleichen die Arbeiterkammer („Camera del lavoro“), ferner die sogenannten Syndikate der Verbände und Vereine.

Neben den verschiedenen Arbeiterschichten beteiligten sich die italienischen Universitäten. Die Anregung hierzu gab Rom — wo sich am 1. März ein „Zentral-Volks-Komitee“ gebildet hat, welches sich aus den Vorständen aller Abtheilungen zusammensetzt. Dieses Komitee hat einen Aufruf beschossen, in dem es die anderen italienischen Universitäten zur Betheiligung auffordert; es veröffentlichte im Römischen „Secolo“ eine Aufforderung an die Universitätsrektoren, sich dem Protest anzuschließen, und klebte seinen Protest in den Aulas und an den Straßen gerade zu der Zeit an, als der deutsche Reichskanzler, Graf von Bülow, nach Italien zwecks Verständigung mit dem Minister Prinetti kam.

Den Universitäten nicht zugehörig haben besonders protestirt: der Genuaer Jugendbund „Jura Italiae“, ebenso die Republikaner-Studentengruppe „Goffredo Mameli“.

Von den Privatpersonen, welche sich an dem Protest betheiligt haben, müssen mit Dankbarkeit genannt werden: Frau Hersilie Majno, Ehefrau des Deputirten, an der Spitze des „Verbandes der Frauen Italiens“ in Mailand stehend; Frau Mariani, Redakteurin der Zeitschrift Italiae Feminalae in Turin; Dr. Accari, der in öffentlichen Versammlungen wegen der Polen das Wort ergriffen hat; Dr. Monet, Vorsitzender des Lombarder Verbandes der Allgemeinen Friedenslegion; Fräulein Giselde Rapisardi, behördliche Inspektorin der weiblichen Bildungsanstalten; der Rechtsanwalt Begei in Turin, der Professor Tomé, der General Turra, der Richter, unser Freund und Mitkämpfer Kossut; die Markgräfin Tartarini, bekannte Schriftstellerin in Rom; der Professor Arnold Cervesato, Vizepräsident des italienischen Preß-Syndikats; Fräulein Bonfanti-Coccoli, Dichterin und Freundin des Lenartowicz; der Herr Peter Barbar, Vorsitzender des philologischen Vereins in Florenz; Fräulein Hedwig Salvi in Verona, die geheime Verfasserin des in Italien populären Gedichtes „An die polnischen Kinder“; Fräulein Reine Melli, eine der thätigsten Vertreterinnen der weiblichen und ökonomischen Bewegung.

Eine der am meisten bedeutenden Thatfachen in dem Unternehmen war die selbstthätige Bildung der Komitees „Pro Polonia“ für ganz Italien, die die Versammlungen einberiefen, Konferenzen abhielten und Manifestationen organisirten, Aufrufe verfaßten und vertheilten, ihre Delegirten nach Florenz entsandten und ferner eine lebhafte Bewegung in der Presse nicht nur für den Protest, sondern zum Vortheile für unsere Hauptnationalfrage hervorriefen. In der That ergriff ganz Italien eine starke Begeisterung, die Bruderschaften ein lebhafter Geist für die Bereitwilligkeit zur Thätigkeit und ein Zeichen dieses Geistes gab insbesondere die Universitätsjugend. Mit einer gewissen Bestimmtheit kann man auch behaupten, daß die Aktion des Protestes Erinnerungen entfacht, indem sie zu einem neuen Bande wird, welches die Sympathien zwischen Italien und Polen zusammenschließt. Und dieses, zur Zeit so populäre und auf der Halbinsel so weit klingende Lösungswort: „Pro Polonia“ kann der-einst, im gegebenen Augenblick eine tiefe und belebende Bedeutung für uns annehmen.

So einige Dokumente aus der Aktion:

1. Aufruf des Universitäts-Zentralkomitees in Rom,

2. Protest der Republikaner-Studenten der Gruppe „Goffredo Mameli“,
3. Protest der Lehrerlegion der Vorschulen in Ligurien,
4. Protest des christlich-demokratischen Verbandes in Genua,
5. Protest des allgemeinen Frauenverbandes Italiens,
6. Brief des Deputirten Vittorio Lollini,
7. Protest der Stadt Rivano,
8. Protest des Kollegiums der höheren Industrieschule in Florenz,
9. Brief eines Arbeiters aus Corregio an den Philologen-Verein in Florenz,
10. Protest der Arbeiterkammer in Toskana,
11. Aufruf des christlich-demokratischen Verbandes in Genua, der in Tausenden von Exemplaren vertheilt wurde.

Die Republik San Marino hat in einem schönen Aufruf protestirt, der durch deren Patrizier, das Mitglied des 40er Rathes, Adolf Ferrari, redigirt und veröffentlicht worden ist.

Aus Belgien sind außer von persönlichen Briefen aus den Sphären der allerhöchsten Intelligenz von nachstehenden Vereinen Proteste eingegangen: „Belgische Legion für Frauen-Rechte, Verband zur Verbesserung der Verhältnisse der arbeitenden Frauen, Verein zur höheren Bildung der Frauen, und von der Belgischen Legion der Rechte des Menschen, die den durch das Zentralkomitee der Legion vorgelegten Protest auf der Hauptversammlung am 1. Mai 1902 beschlossen hat und der in dem Organ der Legion „La Soir“ veröffentlicht wurde.

Die czechischen Frauen haben den Protest beschlossen und veröffentlicht.

In dem Protest, der im ganzen Lande versandt wurde, haben sich folgende Städte betheiligt: (Es folgen die Namen von 38 Städten; ferner die Namen von 5 Vereinen).

Indem ich die Angelegenheit dieses Theiles der Aktion, soweit er mir bei der Vertheilung zufiel, mittheile, füge ich hinzu, daß die Originale der Dokumente und die Listen mit den Unterschriften im polnischen Museum in Rapperswyl niedergelegt sind, die Abschriften dieser Dokumente dagegen sind an das Unterrichts-Ministerium in Berlin eingesandt worden.

Sluboka, Czechen, den 4. September 1902.
Marya Konopnicka.

Aus Nr. 218 des Dziennik Poznański
vom 21. September 1902:
Pro Polonia.

Recht interessante Betrachtungen stellt das alteczechische Organ „Narodni Politika“ aus Anlaß der 180 000 in Italien gesammelten Unterschriften an, die auf der Adresse verzeichnet sind, durch welche das italienische Volk den im preussischen Antheile wohnenden, im Kampfe um ihre theuersten nationalen Schätze stehenden Polen seine Sympathien bezeugt. Indem es der Reihe nach die bedeutendsten Städte aufzählt, welche Hunderte von Unterschriften zu dem Proteste „Pro Polonia“ hergaben, giebt es auch die bedeutendsten in der Adresse verzeichneten italienischen Namen an. Es fehlten selbst nicht die alt-italienischen Namen wie z. B. Dorio, Visconti, Montaldo, Somarivo, ebenso nicht die hervorragender Persönlichkeiten aus neueren Zeiten, wie Garibaldi, Ratazzi, die gelehrte Welt ist durch Mantegazza vertreten. In Livorno hatten sich nach

Ankunft des Aufrufs ganze Legionen von Fischern und Tagelöhnern versammelt, die des Schreibens unkundig sind, und baten, auch ihre Namen aufzuführen. Ohne Unterschied der politischen Ueberzeugungen, des Geschlechts, der Bildung, der religiösen Anschauungen haben sich aristokratische und demokratische Klubs, die Führer der Katholiken, der Radikalen, Liberalen und der Sozialdemokraten, die Mitglieder von Männer- und Frauenvereinen eingeschrieben. Das ganze italienische Volk stellte sich mit Entflammung auf die Seite derjenigen, gegen welche die Bundesgenossen der Regierung immer empfindlichere Verordnungen und Gesetze schmiedeten. Der deutsche Reichskanzler Graf von Bülow hatte — so schließt das czechische Tageblatt — Gelegenheit, sich von den Empfindungen des italienischen Volkes, welche dasselbe über seine Politik im Großherzogthum Posen hatte, dadurch zu überzeugen, daß er bei seiner Durchreise überall die angeschlagenen Plakate „Pro Polonia“ fand und von den Versammlungen erfuhr, in welchen das Verfahren des „Bundesstaates“ verurtheilt wurde.

Wir Polen sollten dem edlen italienischen Volke, mit dem wir einst zahlreiche Beziehungen hatten, für die uns bezeugte Sympathie dankbar sein. Vergessen wir jedoch nicht, daß solch platonische Empfindungen uns keinerlei Nutzen bringen, und denken wir nicht etwa, daß wir dadurch schon etwas erreicht haben. Die bitteren Erfahrungen sollten uns von ähnlichen Verlockungen, sich auf Fremde zu stützen, gelehrt haben. Bewahren wir Dankbarkeit den uns Befreundeten, arbeiten wir aber bei uns um so eifriger, damit wir uns dereinst mit Stolz sagen können, daß wir das, was wir sind, uns selbst, einzig und allein uns selbst verdanken! Nach dieser Hinsicht mögen uns die Czechen, deren angesehenes Organ die obige sympathische Betrachtung veröffentlicht, als Beispiel dienen.

Aus Nr. 217 des Górnosłazak
vom 18. September 1902:

Der Geistliche Propst Bisef aus Gr.-Chelm ist schließlich doch zu dem verdienten Lohne gekommen, um den ihn gewiß keiner seiner wahrhaften Mitbrüder beneiden wird. Für seine Fürsorge um die Kriegervereine und für deren Ausbreitung wurde er vom Verbands der Kreiskriegervereine und von deren Vorsitzenden des Deutschen Kriegerbundes, Generalleutnant Spiz ausgezeichnet. Letzterer übersandte ihm sein Porträt mit einer eigenhändigen Widmung, die voll des Lobes für Propst Bisef ist für Verbreitung des „Vaterlandes“ in der polnischen Parochie. Der Verbandsvorstand sandte ihm ein Gemälde des Kyffhäuser-Denkmal mit einem ihn lobenden Briefe für seine gütige Thätigkeit. Diese Auszeichnung ist die Besiegelung des hofatistischen Wirkens des Propstes Bisef, der untrüglich jetzt erst recht kräftig für das „Vaterland“ in Groß-Chelm, dem kernpolnischen Dorfe, wirken wird. In nicht zu langer Zeit werden ihm untrüglich noch größere Belohnungen zu Theil werden, vielleicht auch eine fette staatliche Propstei. Jedoch zweifeln wir nicht, daß die Volksaufklärung sich immer mehr in Chelm verbreiten wird und daß schließlich die Zeit kommen wird, daß das Pfarrerchen, der Polizist und einige Deutsche allein im Kriegerverein verbleiben. Landsleute, rafft euch zu kräftiger und energischer Arbeit zusammen, um dem Pfarrerchen zu zeigen, daß nicht er über eure polnischen Seelen regiert.

Aus Nr. 218 des Górnosłazak
vom 19. September 1902:

Die preussische Kultur in den polnischen Landen.

Die Deutschen schelten immerwährend in ihren Blättern über die Wirthschaft im früheren Polenreich, über die Regierungslosigkeit, über die Ausgelassenheit und Vernachlässigung im früheren polnischen Königreich, über die Bedrückung der polnischen Bauern, die durch den Adel und die Geistlichkeit auf eine schmachvolle Weise ausgepreßt worden sind. Niemand kann die Sünden zusammenzählen, die sie unseren Vorfahren zum Vorwurf machen. Anstatt dessen können sich die Deutschen nicht genug ihrer Wohlthaten rühmen, die sie den Polen erwiesen haben und bezeichnen uns insbesondere als Nachkommen eines geraden Volkes; sie können sich nicht genug rühmen der großartigen Ordnung, die sie in dem verwüsteten Polen eingeführt haben. Mit einem Wort, wenn die Niederschrift der Sünden unserer Väter in den deutschen Rechnungen eine lange ist, um desto länger ist die Niederschrift der scheinbaren Wohlthaten, die sie uns erwiesen haben sollen.

In Wirklichkeit sind das alles historische Lügen und endlose Fälschungen unserer Geschichte. Denn ich weiß, daß die Verhältnisse im früheren Polen nicht schlechtere waren wie die preussischen oder deutschen Verhältnisse es sind. Man kann sogar dreist behaupten, daß es bei uns in Wirklichkeit den armen Leuten besser ging, wie in dem aufgeklärten Preußen und auch Deutschland, Oesterreich sogar mit eingeschlossen. In Wirklichkeit hat man nirgends mit Ausnahme von Rußland den Bauern so bedrückt, wie in Preußen. Zum Beweise wäre es von Werth, den Preußen nur in Erinnerung zu bringen, daß im preussischen Pommern der Adel mit den untergebenen Bauern umgegangen ist, wie mit dem Vieh, denn man tauschte sie gegen Windhunde aus, gerade so wie heute Jemand einen Schimmel gegen einen Fuchs austauscht. Dies berichten nicht einseitige deutsche Gelehrte; aber unsere „Kulturverdrehler“ verstehen von diesen ihren Blüthen zu schweigen. Bewiesene Thatsache ist es auch, daß aus dem wegen der „musterhaften Ordnung“ berühmten Hohenzollernschen Brandenburg ganze Haufen Bauern nach Polen entlaufen sind, weil ihnen dort tausendmal wohler war wie im Kulturstaate.

Erwiesene Thatsache ist, daß es ebenso mit unseren Vorgängern, den Schlesiern, war, die unter österreichischer, also doch auch unter deutscher Herrschaft standen. Es finden sich bis zum heutigen Tage zahlreiche Dokumente vor, in denen die österreichische Regierung von der polnischen die Auslieferung von ausgewanderten schlesischen Bauern verlangt.

Eine nicht widerlegte Thatsache ist es, daß Polen nächst Frankreich zuerst die Reform des Grundbesitzes eingeführt und dem arbeitenden Volke große Rechte gewährt hat.

Dies ewig in Erinnerung bleibende Werk nationaler Wiedergeburt haben die Russen und die Preußen vernichtet, weil sie sich vor der polnischen Macht fürchteten und weil sie sich fürchteten, daß ihr Volk dieselben Rechte wie das polnische verlangen könnte. Wahr ist es, daß die Preußen nur dann etwas für das polnische Volk gethan haben, wenn sie aus ihm Vortheile erzielen konnten und wenn sie auch zur ewigen Schande der Völker unser Land uns weggerafft haben, hatten sie die Verpflichtung, sich um das Geschick des polnischen Volkes zu kümmern.

Sie sind gerade dem entgegen aufgetreten. Die durch die polnische Regierung eingeführten Reformen und Besserungen haben sie vernichtet und führten wieder die früheren Verhältnisse ein.

Die Leibeigenschaft hätten sie nicht aufgehoben, wenn ihnen Napoleon nicht ordentlich das Fell ausgeklopft hätte. Schließlich herrschten die Verhältnisse der Leibeigenschaft bis zur Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, und nirgends ist das arme Volk so schamlos betrogen worden bei der Vertheilung des herrschaftlichen und bäuerlichen Grundbesitzes wie in Preußen.

Unsere — der Schlesier — Geschichte, die wir früher die Annehmlichkeit der Berührung mit der preussischen Kultur hatten, zeugt ohne Ende von den preussischen „Wohlthaten“. Mit unseren Vätern ging man um, wie mit dem armen Vieh. Man gab ihnen mehr Peitschenhiebe wie Brot, und nirgends war ein solches Elend wie bei uns in Schlesien. Dies bezeugen viele Broschüren, in denen sogar die derzeitigen Deutschen sich über das schreckliche Geschick des polnischen Volkes in Schlesien auslassen.

Es ist werth, den Preußen die schrecklichen Zeiten des Typhus in Schlesien in der Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts in Erinnerung zu bringen. Unser Volk fiel mit schrecklichen Schmerzen wie die Fliegen im Herbst und die preussische Regierung stand mit verschränkten Armen da und sah dem zu, denn es handelte sich doch nur um eine geringe, zum Aussterben verurtheilte Rasse. In ganz Deutschland, ja in ganz Europa empörte sich die öffentliche Meinung über die preussische Wirthschaft.

Als die Preußen die Schätze unserer Erde wüthete, begannen sie uns „Wohlthaten“ zu bezeugen, denn sie brauchten Hände zur Arbeit, die für sie arbeiten und sie bereichern sollten. Von den Wohlthaten haben wir in der Eile so viel bekommen, daß, den Leibgurt kräftig zusammenziehend, wir vor Hunger nicht sterben. So sehen in Wirklichkeit die Wohlthaten der preussischen Kultur aus.

Wenn wir nun nicht verkommen und umgekommen sind, so ist das kein Verdienst der preussischen Wohlthaten, sondern die Frucht unserer Lebenskräfte, denn verfallen kann auch eine große Nation, aber verloren gehen nur eine schlechte.

Aus Nr. 38 der Gazeta Robotnicza

vom 20. September 1902:

Rattowik.

Schon sehr lange waren Mittheilungen aus der Hütte Martha in der Zeitung nicht enthalten. Die Ungefehllichkeiten sind bei uns groß. Vor Kurzem ereignete sich hier folgender trauriger Vorfall. Zu Beginn der Tagesschicht begaben sich zwei Arbeiter in den Kanal, um den Ofen auszurüsten. Sie haben nicht bemerkt, daß im Kanal Wasser war und als sie mit dem Ausrüsten des Ofens begannen, fielen die glühenden Kohlen in das Wasser — es entstand plötzlich viel Dampf und verbrühte Einen im Gesicht und am ganzen Körper, dem Zweiten dann die Beine und den ganzen Bauch. So geht es bei uns zu, denn bei keiner Arbeit sind die Einrichtungen so vorhanden, wie es sein müßte. Der Kanal ist fast 2 Meter tief, und es besteht keine Vorrichtung, an der die Arbeiter in den Kanal hinein oder aus demselben hinaussteigen könnten, vielmehr müssen sie sich hinaufwinden wie die Ratten an der Mauer. An Meistern ist Alles voll, jedoch es kommt keiner, sich davon zu überzeugen, ob die Arbeit gesichert ist oder nicht, sondern Du

Arbeiter arbeite, wenn Du gleich verbrennst. Kommen irgend welche Unglücksfälle vor, so wälzt man die ganze Schuld auf die Arbeiter. Mögen die Hütten Vorkehrungen treffen, welche die Unfallverhütungsvorschriften fordern, dann wird die Tagesarbeit verkürzt und der Lohn nicht geschmälert werden; auch wird sich gewiß die Zahl der Unglücksfälle vermindern. Vielleicht möchten die Herren bereit sein, eine Probe zu machen und sich zu überzeugen!

Niewielki. (Ein Kleiner.)

Aus Nr. 220 des Wielkopolanin

vom 24. September 1902:

Aus Rapperswyl erhalten wir die Nachricht, daß am 3. bis 5. September ex. die Versammlung des Verwaltungsrathes des Museums und des großen Nationalschatzes stattfand. Zu Beginn des Jahres wies der Schatz einen Bestand von 222 385 Francs auf. Die Zinsen betrugen 8528 Francs. Zwei Drittel dieser Zinsen wurden der Nationalliga überwiesen. Wie gering ist dieser von den preussischen Behörden so lächerlich genannte polnische „Kriegs-“Schatz im Verhältniß zu den 120 Millionen Mark, die in Gold im Spandauer Thurm aufbewahrt werden und aus der von den Franzosen bezahlten Kriegsschädigung herangewachsen sind. Diese Benennung des polnischen Kriegsschatzes ist mit Ueberlegung unterschoben, damit sie zu den uns bekannten Zwecken dienen soll. Zum Vorsitzenden der Sammlungen in Rapperswyl ist der Oberst B. Witkowski in Zürich, als Stellvertreter Herr E. Kornitko und als Schriftführer Herr A. Lewakowski in Rapperswyl gewählt worden.

Wir fügen hinzu, daß ein gewisser Theil der Zinsen zur Unterstützung der lernenden Jugend verbraucht wird; also hat unser polnischer Schatz gerade einen edleren Zweck, als der preussische, der nur zu Kriegszwecken dienen soll.

Aus Nr. 218 des Wielkopolanin

vom 21. September 1902:

Zwölf Millionen Mark.

Die neuen Fonds sollen in der kommenden Session des preussischen Landtages bewilligt werden. Die Fonds sind zur Unterstützung und Beihilfe für diejenigen deutschen Beamten und Lehrer bestimmt, die bereit sind im polnischen Landestheil sich ansässig zu machen und Immobilien und Grundstücke anzukaufen.

Das Projekt ist im Einzelnen noch nicht bekannt, doch ist es wahrscheinlich, daß die preussische Regierung den deutschen Beamten nicht nur Beihilfen, sondern auch Anleihen zum Ankauf von Gebäuden und Grundstücken gewähren wird.

Zwölf Millionen ist eine beträchtliche Summe, jedoch vertheilt sich dieser Betrag auf Tausende von Köpfen, denn deutsche Beamte giebt es bei uns mehrere Tausend, die Höhe der Beihilfen wird daher eine mittlere sein.

Es sei wie es wolle, es wird um die Belohnungen, Unterstützungen und Anleihen ein unerhörtes Rennen beginnen. Bei der Vertheilung dieser Prämien wird von Beachtung das Benehmen des Beamten hinsichtlich der polnischen Frage sein.

Man darf dann erwarten, daß die deutschen Beamten sich an Schneidigkeit gegenseitig übertreffen werden.

Schöne Aussichten!

Solche Prämien demoralisiren die Beamten nur und diejenigen, die dieses Projekt ausgedacht haben, haben dem Staate keinen großen Dienst geleistet. Neugierig wird man auch sein, was die Beamten der anderen Landestheile zu dem Privileg der deutschen Beamten in den polnischen Landestheilen sagen werden.

Vielleicht wird das, was wir nachstehend schreiben werden wie Scherz aussehen; wer aber weiß, daß die Gesamtheit auf einen Groschen gierig ist, der wird glauben, daß die Beamten der anderen Landestheile neidisch sein werden, daß nicht auch bei ihnen eine solche Frage besteht, wie die polnische Frage es ist, die ihnen die Taschen füllt. Aber heute ist die polnische Frage in Deutschland fast überall, denn wo heute sich einige Duzend polnische Arbeiter aufhalten, dort ist Veranlassung genug zur Eröffnung der polnischen Frage.

So hat sich z. B. am Rhein und in Westfalen wirklich schon die polnische Frage entwickelt und obwohl diese Landestheile keine polnischen sind, wie leicht könnten sie doch solche werden, wenn man den den Staat rettenden deutschen Beamten nicht unterstützt!

Ebenso kann das der preußische Beamte z. B. in der Provinz Sachsen, in Schlesien, in Hannover, in Schleswig-Holstein und in verschiedenen anderen preußischen Landestheilen erwarten, und sogar auch in Berlin, wo doch schon heute gegen 80 000 Polen sind.

Fast überall ist doch die polnische Frage, und wo sie nicht ist, dort kann sie doch leicht geschaffen werden.

Das Zwölfmillionen-Projekt spricht zwar nur von der Unterstützung der Beamten in den polnischen Landestheilen, jedoch wird es nicht schwer halten, die preußische Regierung davon zu überzeugen, daß der den Staat rettende preußische Beamte überall dort unterstützt werden muß, wo die polnische Frage besteht.

Wenn dieses Projekt in diesem Wortlaut durchgeht, so unterliegt es keinem Zweifel, daß sich die preußischen Beamten der polnischen Frage hingeben werden, die ihnen das Einkommen vermehrt, und mit der Zeit werden sie sich dem Polenthum anschließen, als an seinen mittelbaren Wohltäter.

Aus Nr. 7 des Przegląd Wszechpolski
für den Monat Juli 1902:

Agitation zu Gunsten Rußlands.

Von Anfang seines Bestehens an erachtet unser Blatt es als eine seiner Hauptaufgaben, die Grundsätze und die Ziele der russischen Politik in Polen zu erläutern, unsere breiten Bevölkerungsschichten von der uns von dort drohenden Gefahr zu überzeugen und schließlich die Grundlagen unserer Politik Rußland gegenüber auszuarbeiten. Diese Aufgabe erfüllten wir verschieden, indem wir bald einen schwächeren, bald einen stärkeren Nachdruck auf sie legten, indem wir zu verschiedenen Zeiten ihre verschiedenen Seiten berücksichtigten, denn mit der nach dieser Richtung hin, nach einem von vornherein gefaßten Plane geführten Arbeit verband sich der Kampf gegen eine geradezu entgegengesetzte Richtung — Anfangs gegen eine unvernünftige, von keinem tieferen politischen Gedanken geleitete sogenannte Versöhnungsaktion in dem Königreich (Polen) und in letzter Zeit gegen die offenkundige Russenfreundschaft in Posen und in Galizien, welche von einer handvoll fittlich entnationalisirter Petersburger Macher inspirirt wird.

Die Versöhnungsaktion im Königreich hat bankrott gemacht. Sie besaß niemals in der Gesellschaft viel Sympathien, aber sie hat Viele demoralisirt, indem sie den Einen Gelegenheit verschaffte, auf billige Weise in der Rolle öffentlicher Macher an die Oberfläche zu gelangen, den Anderen als Deckmantel für ihre persönlichen, in nationaler Beziehung schmutzigen Zwecke diente.

Einer der gewaltigsten Schläge, welchen diese Politik erhalten hatte, war die Auffindung und Veröffentlichung der berühmten Gedenschrift des Fürsten Zmeretynski über den politischen Stand der Dinge im Königreiche. Diese Schrift warf für den gesetzlich handelnden und denkenden Theil der Bevölkerung ein neues Licht auf die Regierungspolitik, namentlich aber auf die Politik des Warschauer Generalgouverneurs und ernüchterte diejenigen ehrlichen Menschen, deren treuunterthänige Aktion sie in ihre Dienste gestellt hatte. Indem diese Schrift die Bedeutung der verschiedenen Handlungen klar darlegte, hat sie viele Personen davon überzeugt, daß nur die ungesetzliche Handlungsweise eine wirkliche politische Bedeutung im russischen Staate besitzt. Nachdem die Versöhnungsaktion im Königreich bankrott gemacht hatte, sind die, denen daran lag, sich um jeden Preis Rußland zu nähern und sich um dessen Regierung verdient zu machen, mit einer um so größeren Energie an die russenfreundliche Agitation jenseits der Grenze in der Hoffnung herangetreten, daß man Rußland gewinnen werde, wenn man ihm die beiden anderen Theilungsmächte zu Füßen lege, daß es andererseits gelingen werde, mit Hilfe von Galizien und der Provinz Posen, die Meinung des Königreichs in einer für Rußland günstigen Richtung zu gewinnen. Die russenfreundliche, seit vielen Jahren jenseits der Grenze als Hilfsaktion der Versöhnungspolitik im Königreich geführte Thätigkeit wurde im vorigen Jahre als Hauptaktion angenommen, sie erhielt einen Plan und eine Organisation, verwandelte sich in eine förmliche Orgie der Russenfreundschaft, welche nach dem Breschener Urtheil ihren Höhepunkt erreichte. Früher begnügte man sich mit der Erzählung von einer gewissen Milderung im antipolnischen System, von guten Absichten des Zaren oder des Generalgouverneurs u. s. w., später bemühte man sich, unserer Gesellschaft die Ueberzeugung von einer russisch-polnischen Verbrüderung auf kulturellem Gebiete beizubringen, indem man einen gegenseitigen Austausch von Zuorkommenheiten fabrizirte: in Petersburg z. B. organisirte die Familie des Redakteurs des Kraj ein Fest zu Ehren des Mickiewicz und in Krakau wurden Leute ausfindig gemacht, welche durch ein polnisches Fest zu Ehren Puszkins sich revanchiren sollten. Als sich schließlich in Folge der verschärften antipolnischen Politik in Preußen eine günstige Gelegenheit bot, begann man die unmöglichsten Unwahrheiten von der Liebe des Zaren, der russischen Regierung und Meinung den Polen gegenüber zu fabriziren, es wurden slavische Saiten angeschlagen, die verlockende Perspektive, Preußen mit Hilfe Rußlands zu Grunde zu richten, in Aussicht gestellt u. s. w. Eine um den Kraj sich schaarende kleine Gruppe schickte sogar Bericht-erstatte russischer Blätter nach Posen, damit sie dort für die slavische Richtung und die russischen Sympathien einträten, dafür aber von den dortigen Polen Versicherungen von der Treue slavischer Idee und von der Sehnsucht nach dem Zaren, nach dem Osten brächten.

Angesichts der Zunahme russenfreundlicher Agitation und ihrer schnellen Fortschritte — denn

sogar ein Theil der ehrlichen Meinung unterlag gedankenlos ihrem Einfluß — haben wir seit Jahresfrist den Hauptnachdruck auf die Aufklärung dieser Erscheinung und auf die Namhaftmachung ihres Ursprungs und ihrer Ziele gelegt, uns aber gleichzeitig in einer Reihe von Artikeln mit Rußland näher befaßt, indem wir den gebildeten Bevölkerungsschichten Material zum besseren Kennenlernen des wirklichen Charakters dieses Staates und Volkes zu liefern uns bemühten. Bei dieser Aktion standen uns andere Organe unserer Richtung zur Seite, indem sie energisch gegen eine Richtung ankämpften, welche in der allgemeinen Meinung vorherrschend zu werden anfang; dies hatten wir dem Umstand zu verdanken, daß die in diese Propaganda hineingezogenen Blätter muthig vorgingen, sich weder durch Wahrheit, noch durch Unstand binden ließen; die von dieser Intrigue dagegen sich fernhaltenden Organe schwiegen und hatten nicht den Muth, gegen die allgemeine Strömung aufzutreten.

Nach Breschen jedoch, welches den besten Moment für die russenfreundliche Bewegung geschaffen hatte, kamen Siedlec und Biala. Die Vorkommnisse in den Gymnasien im Königreich Polen erinnerten die Gesamtbevölkerung daran, daß die Russen, welche sich gegen die Preußen wegen deren Verhältniss so sehr empören, das Gleiche bei sich thun. Die Meinung in Galizien und Posen erwies sich jedoch so demoralisirt, daß sie den erwiesenen Thatsachen gegenüber gleichgültig blieb. Die galizischen Polen nahmen den Polen im Königreich gegenüber dieselbe Stellung ein, dererwegen sich unlängst unsere ganze Bevölkerung gegen die Tschechen entrüstete: sie wollten nämlich davon nichts hören, daß die Russen den Slaven dasselbe Unrecht zufügen könnten, wie die Deutschen. Die Presse in Galizien und in der Provinz Posen hörte auf einmal auf, Nachrichten aus dem Königreich zu erhalten: es erschienen lange Artikel über die Leiden der Burenfamilien in den Konzentrationslagern auf der zweiten Halbkugel, es gab aber keinen Raum für die Nachrichten von dem in der Nähe sich abspielenden verzweiflungsvollen Kampfe im Osten des eigenen Landes. Es wurden kurze, trockene Nachrichten aus der allpolnischen Presse, der einzigen Informationsquelle, gebracht und jede Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Thatsachen zurückgewiesen. Nachdem die Organe der russenfreundlichen Aktion sich von dem ersten Eindruck erholt hatten, fingen sie an, unrichtige Berichtigungen wahrer Thatsachen zu bringen oder sie traten auch mit gewalthätigen Angriffen gegen die „geheimen Hand“ auf, welche die Jugend zu unbesonnenen Handlungen verleitet, gefährliches Feuer anfacht, welche endlich durch eine unvernünftige Politik die Aufmerksamkeit der Gesellschaft nach der anderen Front ablenkt, während sich diese auf einem Punkte konzentrierte, welche sich bemüht, einen anderen Staat gegen Polen zu bewaffnen, anstatt ihn gegen den Hauptfeind, die Deutschen, als Bundesgenossen zu gewinnen.

Die Biala-Siedlecker Angelegenheit brachte, trotzdem man sich Mühe gab, sie in der Presse todzuschweigen, einen starken Mißton in die harmonische Musik des russisch-polnischen Romans, in welchem Rußland die gleiche Rolle spielen wollte, wie die von Zeit zu Zeit vor den Gerichtsschranken erscheinenden Händler mit lebender Waare, welche den jungen Mädchen gegenüber sich als deren Bräutigams ausgeben, sich sogar mit ihnen trauen lassen, jedoch nur zu dem Zweck, um sie in den amerikanischen öffentlichen Häusern unterzubringen. Die russische Presse stellte sich mit Enthusiasmus auf die Seite

der Polen in Preußen, die russischen Regierungskreise, ohne ausdrücklich ihre Ansicht zu verrathen, ließen glauben, daß die Preßstimmen sich mit dem Regierungsgedanken fast deckten, gleichzeitig wurde jedoch im Stillen an der Verstärkung der Mittel zur Russifizierung des Königreichs und Litthauens gearbeitet. Es wurde indeß immer klarer, in welchen Abgrund die russenfreundliche Agitation die Gesellschaft führe.

Die Bischof Zwierowicz'sche Angelegenheit, in welcher die Thätigkeit der „geheimen Hand“ nicht mehr gesucht werden konnte, enthüllte das ganze System der antipolnischen und antikatholischen Politik, die Untergrabung der Stützen unserer Nationalität und Religion mit Hilfe der sehr wenig bekannten, und in Vergessenheit gerathenen orthodoxen Parochialschulen. Das markige Auftreten des kirchlichen Würdenträgers, welcher wegen seiner Aengstlichkeit der Regierung gegenüber bekannt war, lieferte den besten Beweis für die der Kirche seitens Rußlands drohende Gefahr und seine brutale Beseitigung von der Leitung der Diözese, sowie seine Deportation dafür, daß er seine Pflicht gethan hatte, brachte der von der russenfreundlichen Propaganda irgeleiteten Meinung in Erinnerung, daß die „Slavenbrüder“, ebenso wie die Preußen, in der polnischen Angelegenheit keinen Spak verstehen.

Die breiten Bevölkerungsschichten, zu denen ernstere politische Dinge nicht dringen, waren unter dem Einfluß dieser Ereignisse gezwungen, über das Wesen des Verhältnisses Rußlands unserer Nationalität gegenüber nachzudenken. Die Varentage der Regierung in den inneren Angelegenheiten beschleunigte das Nichtzustandekommen der außerhalb der Grenzen des Reiches geschickt eingefädelten Intrigue und kam unseren nach dieser Richtung hin unternommenen Bemühungen erfolgreich zu Hilfe. Die russenfreundliche Branduna, welche nach der Breschener Angelegenheit so stark wurde, daß sie den Rest des polnischen Gedankens bei uns zu vernichten drohte, ließ schnell nach, die Strömung kehrte in ihr Bett zurück, welches sie sich seit Jahren gebahnt hatte und die Macher, welche um jeden Preis unsere Gesellschaft in Rußlands Arme bringen wollten, waren gezwungen, auf einen geeigneteren Augenblick zu warten.

Zahlreiche Thatsachen, wie die Angelegenheit mit dem Wilnaer Bischof, wie die neuen Fortschritte der russischen Regierung in Betreff ihrer Oberaufsicht über die geistlichen Seminare in dem Königreich Polen, wie die neuerdings erlassenen Bestimmungen hinsichtlich der Reisepässe für die Geistlichen u. dergl. beweisen, daß die Regierung sich in letzter Zeit mit besonderem Eifer mit der Kirchenpolitik beschäftigt, daß sie an die Verschärfung des Kampfsystems gegen den Katholizismus, als eines der Bollwerke des Polenthums herantrat. Da die Regierung sieht, wie das Polenthum in seinen Bestrebungen noch wankend und schwankend ist, wie es sich inkonsequent von der einen politischen Richtung nach der anderen hinüberwirft, so giebt sie sich der Hoffnung hin, es leicht bekämpfen zu können, wenn es ihr gelingt, ihm die Grundlagen des Katholizismus zu nehmen, welcher durch Tausende Jahrhunderte sich Kraft und Konsequenz verschaffte, indem er in der Politik mit der Kurie gewisse Schwankungen gestattet, diese Politik jedoch in äußerst bestimmten Grenzen führt, außerhalb deren er in unerschütterlichen Grundsätzen verharrt. Nachdem sie die Kirche bekämpft, rechnet die Regierung darauf, daß sie bei den Polen auf kein ausdrückliches „non possumus“ stoßen werde, und die russenfreundlichen Organe mußten ihr in dieser Beziehung rosige Aussichten eröffnen.

Eine kräftige Bestätigung des Vorgeführten finden wir in der unlängst veröffentlichten geheimen Urkunde, namentlich in der von dem Lemberger Prædswit bekannt gemachten Instruktion für den Generalgouverneur Czertkow, welche ihm vom Ministerium bei der Uebernahme seiner Amtsthätigkeit in Warschau ertheilt worden ist. Diese Urkunde hat nicht die Bedeutung, wie das vor einigen Jahren veröffentlichte Smeretynskische Memorial, denn sie bezieht sich nur auf die eine Seite der Regierungspolitik, nämlich auf die Kirchenpolitik. Auch für Leute, welche das Verhalten der russischen Regierung auf diesem Gebiete fleißig verfolgen und sich bemühen, die Bedeutung der Thatfachen zu verstehen, enthält dieselbe nichts Neues.

Nichtsdestoweniger hat deren Veröffentlichung eine große Bedeutung, denn im Verhältniß zu einer derartigen Regierung, wie die russische, in welcher Alles hinter den Kulissen geschieht, bilden derartige geheime, nicht für das menschliche Auge, sondern für den eigenen Gebrauch redigirte Dokumente die einzige sichere Quelle für das Kennenlernen ihrer laufenden Politik. Andererseits stammt diese Instruktion von der Zentralregierung her, sie mußte also auf Verlangen der höchsten Behörden bearbeitet und von diesen für geeignet anerkannt worden sein.

Der Inhalt dieser Urkunde beseitigt jegliche Täuschungen in Betreff der Absicht der Regierung uns gegenüber; er beweiset uns von Neuem, daß die russische Politik in Polen gewisse, übrigens unbedeutende Schwankungen in dem äußeren Tone, in der Wahl untergeordneter Mittel aufweisen kann, in ihrem Wesen jedoch dieselbe bleibt, indem sie nach Vernichtung des Polenthums und der katholischen Kirche strebt, welche durch ihre Selbständigkeit eines der mächtigsten Bollwerke der verfolgten Nation geworden ist.

Unsere Geistlichkeit mußte sich diese Instruktion genau behalten und aus ihr die entsprechende Lehre ziehen. Unsere Gesamtbevölkerung, welche in der Deutung der Beweggründe in dem Verhalten der Regierung so oft auf Abwege geräth, mußte davon Gebrauch machen.

Werden unsere für Rußland schwärmenden Agitatoren davon Gebrauch machen? Werden sie einsehen, daß es an der Zeit ist, eine Arbeit aufzugeben, welche die Existenz der Nation untergräbt? Nein. Sie kennen die russische Regierung und Rußland ebenso gut, wie der Rest der Gesellschaft und die Absichten der russischen Regierung sind ihnen wohl bekannt. Wenn sie über dieselben nicht schreiben, so thun sie es deshalb, um der Gesellschaft nicht die Augen zu öffnen, um sie auf allslawische Irrwege zu führen, von wo aus der einzige Weg nach dem russischen Byschkischen Meere führt. Die kleine Anzahl dieser Macher ist in letzter Zeit noch geringer geworden und zwar dadurch, daß sich von ihnen Alles, was gesund und ehrlich war, abgewendet hat. Sie ist durch den Tod solcher Protektoren, wie Bloch und Wawelberg, materiell verarmt und hat sich, wie wir erfahren, in Petersburg selbst desorganisiert, macht jedoch durch ihre Publizisten um so größere Anstrengungen zur Befestigung ihrer Richtung, namentlich dort, wo das so leicht ist, nämlich in der Provinz Posen.

Unsere Gesellschaft jedoch, welche jetzt mit zunehmender Schnelligkeit gesundet, erstarkt, und in Bezug auf ihre Bedürfnisse, Interessen und Aufgaben sich immer zielbewußter wird, wird immer weniger fähig sein, diese nationale Fäulniß zu ertragen. Die polnische Meinung, heute noch zwischen zwei verschiedenen Richtungen wankend und schwankend, fängt an schnell fester zu werden, sie beschreitet

die eigentliche, vom Nationalgefühl gewiesene Bahn und bald wird die Zeit kommen, wo sie den Störern unseres politischen Gedankens den Mund schließen wird.

Aus Nr. 211 der Nowa Reforma

vom 14. September 1902:

Einziger Ausgang.

Krakau, 13. September.

Besser spät, als niemals. — Das Stanczyk-Organ, welches bisher zur Einführung eines Ausnahmezustandes im östlichen Galizien aufgefördert, indem es in den Bajonetten der Gendarme und in den Mannlichgewehren die erfolgreichste Arznei gegen die Strike und die ganze Bewegung des ländlichen Volkes erblickt hat, ist nun doch durch die Wirkung der herausfordernden und geradezu nichtswürdigen Artikel des „Dilo“ zu einem nüchterneren und verständigeren Urtheile gelangt, als es früher der Fall gewesen.

Das Organ des Herrn Romanczyk überschätzte die Tragweite des letzten Landarbeiterstreiks. Der Redaktion, welche die Situation vom grünen, oder irgend einem anderen Tische aus abschätzte, scheint es, daß jetzt ihre Partei die Zügel ergriffen und das gesammte russische Volk an ihren Wagen gespannt hätte. Das ist Täuschung. Der „Dilo“ wird sich davon überzeugen. Den russischen Redakteuren scheint es, als ob der Streik mit dem Siege des russischen Volkes geendigt und dasselbe zu einem eigennützigen Werkzeuge der Generale gemacht hätte, die es zum Kampfe geführt haben. Das ist ebenfalls Täuschung. Der „Dilo“ wird sich im nächsten Jahre davon überzeugen.

Wir wünschen dem russischen Volke, sich recht schaffene, ihm zustehende Existenzbedingungen zu erkämpfen, und wir erheben, wie bisher, gegen die Ausbeutung des russischen Landarbeiters die Stimme des Protestes. Eine andere Sache aber ist es, wenn man diesen Arbeiter, der um seine Existenzbedingungen kämpft, für die antipolnische Propaganda ausnützen will, wenn sich der Mißbrauch des Einzelnen, des Gutsbesizers, verallgemeinert und auf die gesammte polnische Nation überträgt. Das ist Nichtswürdigkeit. Ausgebeutet ist ja auch der polnische Arbeiter, er ist der Leidensgefährte des russischen gemeinen Mannes. Was aber, wenn ein „Dilo“ den Polen mit dem „Schwerte“ droht, wenn er irgend welche Reibereien verkündigt und die Frage so stellt, als ob das ganze östliche Galizien untheilbares Eigenthum Rußlands wäre, in welchem die Polen weder Rechte noch Stimme haben sollten und als ob das Streben nach Sicherstellung der polnischen Bevölkerung, ihre nationalen und politischen Rechte in dem östlichen Theile des Landes gleichzeitig eine Kriegserklärung für die Weißrussen wäre.

Demgegenüber giebt der Czas folgende Erklärung:

„Auf die Drohung hin, uns aus der eingenommenen politischen Stellung zu verdrängen, die wirtschaftlichen und sozialen Grundpfeiler zu kürzen, auf welche sich unsere Stellung in unserem Lande stützt, auf die Ankündigung bei weitem schärferer Kampfesmittel und unvermeidlicher „blutiger Konflikte“, auf die Aufforderung des Schwertes von außen zum Zwecke der Befreiung der Ruthenen aus polnischer Herrschaft — können wir am erfolgreichsten mit der national-sozialen Arbeit

im östlichen Galizien antworten, welche um so umfangreicher und um so konsequenter unternommen wird und welche auf die allerengste Solidarität der polnischen Gesamtheit — ohne Unterschied und Ausnahme — gestützt ist."

"Ihr kommt zu spät, Graf Jzolan, — aber ihr kommt doch." Etwas zu spät dieses Besinnen, doch es ist gut, daß es wiederkommt. Die national-russische Bewegung datirt nicht von gestern, die Bedrückung des polnischen Elements, das Ruthenisiren ganzer Massen masurenischen Volkes im Osten anlässlich des Mangels an Schulen und Kirchen, das ist eine alte Erscheinung, die alle gesehen haben mit Ausnahme der im Lande regierenden Partei.

Unsere Konservativen haben sich mit Ostgalizien insoweit befaßt, als sie Besitzungen darin hatten, als sie darin Abgeordnetenmandate erhielten, und heute, nachdem ihre Interessen gestört worden sind, fingen sie an, über die Situation nachzudenken. Zur Erlangung des politischen „status quo“ wurden immer wieder neue Fonds für Volksschulen, für russische Kulturinstitute bewilligt. Man hatte vergessen, daß in diesem Landesheile auch Polen wohnen, daß diese daselbst nicht „fremde Leute“ sind und nicht geringeres Recht auf unseren Schutz haben als die russische Bevölkerung. Heute ruthenisiren die durch unsere Hilfefundirten Schulen unser eigenes polnisches Volk, und die ruthenisirende Thätigkeit wird durch den griechischen Tempel da vollzogen, wo es an Kirchen gebricht; solcher Gegenden aber giebt es sehr viele.

Der „Volksschulverein“ hat diese Situation schon längst verstanden und begonnen, im Osten Schulen zu begründen. Das war ein wichtiger Akt national-sozialer Arbeit, zu welcher der Czars heute die ganze polnische Allgemeinheit auffordert. Weshalb haben die Konservativen zu dieser Arbeit nicht beigetragen?

Wenn sich diese „Arbeit“ in Zukunft ebenfalls nur auf die Sicherstellung des „politischen Stand-

punktes“ für die konservative Partei in Ostgalizien beschränken, d. h. wenn sie fernerhin Wahlgewaltthätigkeiten und Ausbeutung der Arbeiter fördern soll — so hat die „polnische Allgemeinheit“ keine Verpflichtung, sich mit solcher Arbeit zu solidarisiren und dabei mitzuwirken. Pflicht derselben aber ist es, sich schließlich des polnischen Volkes in Ostgalizien anzunehmen, für dasselbe Kirchen und Schulen zu bauen, Volksbibliotheken, landwirthschaftliche Vereine mit Verkaufsläden u. s. w. zu gründen und auf den größeren polnischen Grundbesitz ständigen Einfluß auszuüben, damit derselbe die russische Bevölkerung materiell nicht schädigte, damit er ihr die politischen Rechte nicht abnähme, wo ihr solche recht und billig zustehen.

Das ist der Ausgang aus der Situation, das diktiert uns die rechtschaffen aufgefaßte nationale Pflicht. Strecken wir die Hand nicht nach fremden Rechten aus, die unsrigen aber vertheidigen wir, denn wir sind nicht Fremdlinge in einem Lande, welches polnisches Blut getränkt hat, welches von ewigen Zeiten her ein für sich bestehender Theil der Republik war. Maßen wir uns nicht größere Rechte an als die Ruthenen, geringer aber als diese sollten wir ebenfalls nicht sein.

Also nicht durch Ausnahmestellungen, nicht mit Bajonetten, nicht mit Wahlgewaltthätigkeiten, nicht mit Ausbeutung bahnen wir uns den Weg in Ostgalizien, wohl aber mit geordneter, rechtschaffener, offenkundiger, systematischer, nationaler und sozialer Arbeit, zu welcher die polnische Demokratie stets aufgefördert hat und in welcher sie den Vorrang hatte, ohne leider die gehörige Unterstützung von Seiten derjenigen gefunden zu haben, die heute aus Angst zu derselben auffordern. Gehen wir sofort an diese Arbeit, ohne auf eine neue russische Bewegung zu warten — und dann werden wir über die elenden und ebenso unrechtschaffenen wie kraftlosen und böswilligen Drohungen des russischen „Dilo“ spotten können.

505.97
 92.35
 122.95
 53.85
 6.50
 4.25
 6.00
 103.00
 54.72
 8.26
 103.80
 2.25
 10.11
 3.52
 2.75

92.35
 90
 100
 50
 50
 90
 20
 1.20
 2.50
 2.41
 2.50
 22.53
 1.00
 1.00
 1.00
 1.00